

# Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

## Das Schlachten geht weiter

### Aber es ist kein Krieg!

#### Schanghai unter Feuer

London, 3. Februar.

Die Kämpfe in Schanghai nehmen unter Verwendung von schwerer Artillerie ihren Fortgang. Flugzeuge bewarfen die chinesischen Stellungen in Tschapei und an der Nordbahnstation mit Bomben, während schwere Geschütze vom Hongkiu-Bezirk aus die chinesischen Gräben unter Feuer nahmen. Die Chinesen leisteten heftigen Widerstand und haben sich bisher in ihren Stellungen halten können. An mehreren Stellen sind erneut Brände entstanden. Mehrere Granaten und Schrapnells richteten in der internationalen Niederlassung Schaden an. Drei Ausländer wurden verletzt. Die Polizeistation mußte geräumt werden.

\*

Tokio, 3. Februar.

Die japanische Regierung hat beschlossen, zwei weitere Divisionen und zwei Flugzeuggeschwader nach Schanghai zu senden.

#### Völkerbundsrat hat Zeit

Neue Tagung am Freitag

Der Völkerbundsrat hat eine Anstrengung gemacht, und zusammen mit den angelsächsischen Mächten in dem Buch geblättert mit dem Titel „Wie werde ich energisch“. Damit aber ja kein Irrtum entstehe, ließ US-Amerika erklären, daß seine Aktion keineswegs als Ultimatum aufzufassen sei. Die Japaner, der eigenen Stärke oder vielmehr der derzeitigen Schwäche der anderen bewußt, haben sich auch nicht groß aufgeregt, sondern kühlen Bluts und gleichmütig die Linie ihrer imperialistischen Expansion weiter fortgesetzt. Sie wissen, daß die nicht vorhandenen Kanonen des Völkerbundes nicht schießen und daß die völkerrechtlichen Mühlen langsam genug arbeiten, daß vorher einige unwiderrufliche Tatsachen geschaffen werden können.

Der Völkerbundsrat muß ja zuerst abwarten, was für Interpretationen über den Angriff auf Schanghai bei ihm eintreffen, ehe er die Tatsachen gebührend zur Kenntnis nehmen kann. Er wird sich also erst am Freitag wieder zusammenfinden, um darüber zu beraten, wie man dem Bären den Pelz waschen kann, ohne ihn naß zu machen. Das einheitliche Vorgehen der anderen imperialistischen Großmächte täuscht die Japaner natürlich nicht darüber, daß die Interessengegensätze weiter bestehen und daß es möglich sein wird, die einen gegen die anderen so auszuspielen, daß Scheinkonzessionen formaler Art mit Augenzwinkern akzeptiert werden, ohne daß die „materiellen Errungenschaften“ Japans im wesentlichen angetastet werden. Daß, wie WTb. aus Genf berichtet, im Völkerbund Erwägungen darüber schweben, das aggressive Vorgehen Japans mit der Drohung seines Ausschlusses aus dem Völkerbund zu beantworten, dürfte kaum den Tatsachen entsprechen.

#### Hinter verschlossenen Türen

Der Geschäftsausschuß der Abrüstungskonferenz hat am Mittwoch den vom Völkerbund ausgearbeiteten Entwurf für eine allgemeine Geschäftsordnung in den wesentlichen Punkten abgeändert. Ein „Konferenzsausschuß“ tritt an die Stelle des ursprünglich vorgesehenen politischen Ausschusses. In ihm werden sich nunmehr die entscheidenden politischen Kämpfe der Konferenz abspielen und

in geheimen Verhandlungen alle Beschlüsse politischen Charakters gefällt werden.

#### Erdbeben auf Cuba

500 Tote — Ueber 500 Häuser vernichtet

Aus Havanna wird gemeldet, daß die Stadt Santiago de Cuba durch ein schweres Erdbeben zu einem großen Teil zerstört worden ist. Fast 500 Menschen werden als Opfer der ungeheuren Naturkatastrophe genannt. Die Zahl der zerstörten Gebäude umfaßt etwa ein Drittel der Stadt Santiago de Cuba.

\*

Noch am Mittwoch morgen wurden vom Hafen aus schwere Erdstöße und das Einstürzen von Gebäuden in der Stadt wahrgenommen.

Nach den letzten Meldungen ist die Zahl der Opfer nicht so hoch, wie ursprünglich angenommen wurde.

Man schätzt auf ungefähr 500 Todesopfer und mehr als 1000 Verwundete.

\*

Nach dem Erdbeben brach an mehreren Stellen der Stadt Feuer aus. Da kein Wasser und keine einheitliche Löscharbeit vorhanden waren, griff das Feuer rasend um sich. Es kam zu unerhörten Schreckensszenen in den brennenden Stadtteilen.

#### Eine große Anzahl Gefangener, die in ihren Zellen eingeschlossen waren, fanden den Tod in den Flammen

Die Straßen sind völlig in Dunkel gehüllt. Die Panik ist unbeschreiblich. Unter den Trümmern eines einzigen Hauses liegen vierzehn Erschlagene.

#### Regiearbeit in Genf

Die Kulissen werden geschoben

Die Abrüstungskonferenz geht in Genf ihren üblichen Gang. Die Vertreter der einzelnen Regierungen berieten sich und suchen hinter den Kulissen Einheitsfronten herzustellen. Voll Stolz meldet die Telegraphen-Union, daß vollkommene Uebereinstimmung zwischen dem deutschen und dem italienischen Standpunkt bestehe.

In der nächsten Woche soll die Generalausprache stattfinden, bei der die führenden Staatsmänner der Großmächte Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen abgeben sollen. MacDonald wird infolge seiner Operation verhindert sein, dagegen erwartet man, daß der Reichskanzler Dr. Brüning — den man im Ausland seit der Torpedierung der Konferenz von Lausanne-

Ouchy Dr. Browning nennt — persönlich den Standpunkt der deutschen Regierung vertreten wird.

Im übrigen werden die Fachkommissionen eingesetzt gemäß den internationalen Gepflogenheiten. Auf Antrag des russischen Vertreters wurde bestimmt, daß jede Delegation zu einem von ihr gestellten Antrag eine Stellungnahme der Konferenz bzw. der Kommission verlangen kann. Damit soll das stillschweigende Uebergehen von Anträgen, die der Mehrheit unbequem sind, worüber sich die russische Delegation bei den Tagungen des Europaausschusses beklagte, künftig unmöglich werde.

#### Wie werde ich Deutscher?

Hitler — Gendarmeriewachtmeister in Hildburghausen

Berlin, 3. Februar.

Kurz vor Redaktionsschluß erfahren wir: Es hat sich jetzt herausgestellt, daß der frühere thüringische Innenminister Dr. Wilhelm Frick seine Amtsführung in Weimar dazu ausgenutzt hat, dem staatenlosen Herrn Hitler durch Ernennung zum Polizeiwachtmeister in Hildburghausen die deutsche Staatszugehörigkeit zu verschaffen.

Auf Nachrichten hin, die vor einigen Tagen von dem „Montagsblatt“ des Kapitän Ehrhardt verbreitet wurde, denen zufolge die Ausrufung der Präsidentschaftskandidatur Hitlers erwartet werden müsse, weil Hitler bereits im Besitz der durch Zuerkennung der Beamteneigenschaft erworbenen Staatsbürgerschaft sei, hat am Montagabend der Leiter der Verfassungsabteilung im Reichsinnenministerium, Ministerialrat Dr. Kaisenberg, in der „Vossischen Zeitung“ festgestellt, daß auf solche Art die Staatsbürgerschaft rechtmäßig nicht erworben werden könne.

#### Unsere Delegierten



Sie schlagen diese hier als Delegierte für die Abrüstungskonferenz vor (Peuple)

#### Die goldene Jugend

Von Fritz Rück

Die Hochschulen der deutschen Republik waren schon immer ein günstiger Boden für die Entfaltung der dunkelsten Reaktion. Der ganze alte Moderduft der wilhelminischen Ära, wo die Herren Professoren im Roten Adlerorden 3. Klasse das höchste Ziel ihrer akademischen Tätigkeit erblickten, ging eine Verbindung ein mit dem aktivistischen Geltungstrieb der goldenen Jugend der Bourgeoisie. Der Zerfallsprozeß der bürgerlichen Klasse in Deutschland, die niemals in den Jahrzehnten ihrer ökonomischen und politischen Existenz die volle Macht in Händen gehabt hat, die vor dem Kriege aus Furcht vor dem stürmischen Wachstum der Arbeiterbewegung vor dem parlamentarisch verbrämten Halbabsolutismus der Hohenzollern den Buckel kramm machte und nach dem Kriege der Bedrohung ihrer Existenz durch die revolutionäre Bewegung des Proletariats gegenüberstand, füllte die Luft der Hörsäle und Laboratorien mit dem Verwesungsgeruch einer absterbenden Gesellschaft.

Der goldenen Jugend in Deutschland war es nur gestattet, als Landsknechte und Offiziere der offenen Konterrevolution ihren Machtwillen zum Ausdruck zu bringen, was sie denn auch mit der Verbissenheit und Niedertracht der zu spät Gekommenen tat. Ehrhardt, Roßbach und Hitler halten sich ihre aktivsten Leute aus diesen Reihen; die Organisation „Consul“ und die faschistischen Gardien stützten sich in erster Linie auf den akademischen Nachwuchs, der ihnen in hellen Scharen zulief.

Die goldene Jugend hat noch immer eine große Rolle in jeder konterrevolutionären Bewegung gespielt. Wie bejubelte sie den Thermidor der großen französischen Revolution und half bei dem Gemetzel an den Kommunarden von Paris mit. Aber der Unterschied zwischen damals und heute ist, daß die bürgerliche Klasse des 19. Jahrhunderts noch eine wirtschaftliche und politische Zukunft hatte, während ihr heute und vor allem in Deutschland jede wirkliche Perspektive genommen ist.

Diese selbe Jugend, die heute in den Hörsälen randaliert und andersdenkende Studenten verprügelt, hat größtenteils die Aussicht, nach Beendigung des Studiums das Heer stellungloser Akademiker zu vergrößern oder günstigstenfalls eine schlecht bezahlte Brotarbeit bei Industrie oder Verwaltung zu bekommen. Je geringer die vorhandenen Stellen, um so eifriger und unwürdiger die Jagd nach Beziehungen und Protektion. Diese Jagd vollendet das psychologische Bild der akademischen Jugend von heute. Nach oben kriechen und nach unten treten, wird zum Gesetz des Handelns. In Ländern mit großem Kolonialbesitz schiebt man einen Teil der herange-



Das Erdbebengebiet

wachsenden Jugend der Bourgeoisie für einige Jahre in die Kolonien ab, dort entwickeln sie die Machtinstinkte einer herrschenden Klasse in der „Erziehungsarbeit“ an der eingeborenen Bevölkerung und werden als durchgekochte und häufig auch ausgebrannte Exemplare der menschlichen Gesellschaft zurückgeholt und als Blecher, Staatsbeamte, Offiziere des Heeres und der Polizei in den Dienat gegen die rebellierenden Massen in der Heimat gestellt.

Auch dieses Ventil ist dem deutschen Imperialismus verstopft. Der Befähigungsnachweis für jede Art von „gehobenen“ Bürgerdiensten muß sofort erbracht werden, die nationalistische und faschistische Bewegung ist das große Exerzierfeld der goldenen Jugend in Deutschland.

Ihre Berührungen mit der modernen Arbeiterbewegung sind so von vornherein auf äußerste Feindschaft und radikale Ablehnung beschränkt. Selbst der kleine Rest ideologischer Versuche, sich eine Weltanschauung zu bilden, die auch das Weltbild des Klassegegners objektiv kennen zu lernen und zu verarbeiten sucht, ist verschwunden. Auf den Universitäten ist selbst die Weltanschauung liberaler, demokratischer Professoren verfermt und isoliert, auch die Naturwissenschaftler fühlen sich verpflichtet, immer schärfer und reaktionärer von allen materialistischen Erklärungen der Weltzusammenhänge abzurücken, die Metaphysik und der Gottesglaube einer absterbenden Klasse, von wirklichen Leben endgültig entthront, herrschen in ihren verworrensten, unehrlichsten und verschrobensten Formen vor. Der offene Bürgerkrieg wird in der Ideologie dieser jungen Generation zum einzigen Mittel der Auseinandersetzung der Klassen. Diese goldene Jugend von heute wird sich erst überzeugen lassen davon, daß sie auf verlorenem Posten steht, wenn sie durch handgreifliche Argumente, durch den Fortschritt und Sieg der revolutionären Bewegung, dazu gezwungen wird.

Die revolutionäre studentische Jugend hat sich davon in schweren Jahren überzeugen müssen. Diese revolutionäre Jugend hat sich daher auch in wachsendem Maße eingegliedert in die allgemeine proletarische Klassenfront; sie nimmt teil an der organisatorischen und propagandistischen Tätigkeit der Arbeiterparteien; sie betrachtet den akademischen Kampfplatz nur als einen Bestandteil des allgemeinen Kampfbodens der Auseinandersetzung zwischen den um die Herrschaft ringenden Klassen. Ihr taktisches Verhalten auf den Universitäten muß abhängig gemacht werden von der Reife der politischen Gesamtsituation und jeder ihrer einzelnen Schritte ist abhängig von der Unterstützung durch den entschiedensten Teil des deutschen Proletariats.

## Die Bauernrevolte

München, 3. Febr. 1932.

Nachdem erst vor einigen Tagen vier große Versammlungen schwäbischer Bauern in Buchloe beschlossen hatten, ab 1. Februar nur noch die allerwichtigsten Zahlungen zu leisten, erklärte am Dienstag auch in Rosenheim eine Versammlung von 800 oberbayerischen Bauern die Zahlungsunfähigkeit. Nur solche Lasten würden noch mit dem verfügbaren Bargeld bezahlt werden, die zur Aufrechterhaltung des bäuerlichen Betriebes notwendig seien. Von der Reichs- und Landesregierung werde die Einsicht verlangt, daß sie freiwillig die Steuerfreiheit der Landwirtschaft verleihe. Es handle sich nicht um einen Steuerstreik oder um böswillige Zurückhaltung des Geldes, sondern um eine Selbsthilfe der Bauern, die vor ihrem Ruin ständen und zu diesem letzten Mittel greifen müßten, um ihre Existenz zu erhalten. Ab 15. Februar soll der Bierstreik proklamiert werden, wenn bis dahin keine stärkere Bierpreissenkung erfolgt.

## Rußland will Frieden

Eine neue Rede Molotoffs

TU. Moskau (über Kowno), 2. Februar.

Am Dienstag hielt der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, Molotoff, auf der Parteikonferenz eine Rede über die politischen und wirtschaftlichen Aufgaben für 1932. Er betonte u. a., daß Rußland besonders daran gelegen sei, den Frieden aufrecht zu erhalten. Es wolle unbedingt seine Friedenspolitik fortsetzen. Der Friede sei heute besonders stark bedroht und es sei die Aufgabe der Sowjetunion, diese Gefahr zu beseitigen und auch die Kriegsgefahr mit aller Kraft zu bekämpfen.

## Radek darf einreisen

TU. Genf, 2. Februar.

Der Zwischenfall wegen der Einreiseverweigerung Radeks durch die Schweizer Behörden ist, wie verlautet, Dienstag abend nach längeren Verhandlungen beigelegt worden. Der Schweizer Bundesrat hat sich entschlossen, Radek die Einreise zu erlauben. Radek wird nunmehr als Vertreter der Moskauer „Iswestija“ an der Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Mac Donald wegen grünen Stars operiert. Wegen einer Verminderung der Seerkraft auf dem linken Auge, infolge sog. grünen Stars, mußte sich der Ministerpräsident Mac Donald am Mittwoch einer Operation unterziehen. Es wird etwa 14 Tage dauern, ehe er wieder seine dienstliche Tätigkeit aufnehmen kann. Dementsprechend wird sich sein Besuch bei der Abrüstungskonferenz verschieben. Die Vertretung im Unterhaus übernimmt Baldwin.

# Kommunistische Sabotage

Sie wollen die Einheitsfront gar nicht, von der sie reden

Nachdem die kommunistische Parteileitung mit ihrem letzten Aufruf jene halbe Wendung unter dem Druck unserer Einheitsfrontkampagne gemacht hatte, von der hier die Rede war, hatte unsere Berliner Bezirksleitung das folgende Schreiben an die Berliner Bezirksleitung der KPD gerichtet:

Werte Genosse!

Auf Grund Eueres Aufrufes in der „Roten Fahne“ vom 28. Januar 1932, der die Einheitsfront über die Parteigrenzen hinaus fordert, bitten wir Dich um Angabe eines Termins, an dem wir uns zwecks gemeinsamer Arbeit für die Einheitsfront einmal aussprechen können.

Wir bitten Dich, uns den Termin möglichst zeitig bekanntzugeben. Von unserer Seite würden zwei Genossen erscheinen. Deinen Nachrichten sehen wir baldigst entgegen.

Mit proletarischem Gruß!

Das bedeutete also zunächst nichts anderes, als die Aufforderung an die KPD, aus ihrem Einheitsfrontbekenntnis die Konsequenzen zu ziehen. Die Antwort der KPD-Bezirksleitung beweist, daß die kommunistischen Worte von der Einheitsfront nichts als Schaumströmer sind. Das Antwortschreiben ist adressiert: „An den Bezirksvorstand der Seydewitz-Walcher-Gruppe.“ Die Frage: Einheitsfront oder nicht, kommt der KPD also geeignet vor, Witze darüber zu machen! So ernst nimmt sie ihre eigenen Parolen! Denn man kennt auch in der Berliner Bezirksleitung der KPD wohl den Namen unserer Partei, obgleich man mitunter allerdings zweifeln könnte, ob die politischen Elementar begriffe dort bekannt sind. Man weiß dort auch zweifellos, daß der Genosse Jacob Walcher nicht Mitglied der SAP ist, obgleich wir nicht anstehen, dies um so mehr zu bedauern, als die ganze politische Vergangenheit dieses Mannes und seiner Freunde beweist, daß grundsätzliche politische Differenzen zwischen ihnen und der SAP nicht bestehen.

Das Antwortschreiben der KPD, dem noch einige Telefongespräche vorausgingen, hat folgenden Wortlaut:

Werte Genossen!

Ihr wünscht auf Grund des Aufrufes in der „Roten Fahne“ vom 28. Januar 32 eine Aussprache. Eine solche Aussprache hätte einen Sinn, wenn Aussicht bestände, daß die Seydewitzgruppe die Kampfmaßnahmen der roten Einheitsfront unterstützt. Nach den Veröffentlichungen Eurer Zeitung ist das offensichtlich nicht der Fall. Die Stellungnahme der SAP gegen die Strekbewegungen, gegen den Notverordnungslohnabbau, die Tatsache, daß Führer der SAP — wie Ziegler — Lohnabbauvereinbarungen unterzeichneten und die Stellungnahme der Bezirkskonferenz der SAP gegen eine selbständige revolutionäre Gewerkschaftspolitik beweisen, daß die SAP unter linken Phrasen die Politik der Gewerkschaftsbürokratie durchführt und damit die Brünning- und Preußenregierung unterstützt. Einheitsfront der Arbeiter heißt gemeinsamer Kampf der Arbeiter und Wahl der roten Einheitsausschüsse durch die Arbeiter selbst im Interesse der Durchführung der Kampfaufgaben. Eure Stellungnahme gegen die roten Einheitsausschüsse, gegen die Wahl der Einheitsorgane durch die Arbeiter selbst ist aus der Angst geboren, daß sich die Arbeiter und diese Einheitsausschüsse gegen Eure Unterstützung der SPD-Politik wenden werden. Euer Aufruf, in dem der Waffenstillstand mit der SPD ge-

fordert wird, zeigt klar und eindeutig, daß die SAP-Gruppe nichts anderes ist als eine Filiale der Sozialdemokratie. Wer Waffenstillstand mit Wels und Künstler fordert, mit dem sind Aussprachen zwecklos. So wie wir den sozialdemokratischen Arbeitern die Hand reichen zum gemeinsamen Kampf, so auch den Arbeitern der SAP. Wir sind überzeugt, daß die Mitglieder der SAP und des SJV gegen die Waffenstillstandspolitik von Seydewitz und Walcher sind und in der roten Arbeiterfront unter Führung der kommunistischen Partei gegen die kapitalistische Hindenburgfront kämpfen werden.

Mit proletarischem Gruß

Wenn die KPD uns hier als „Filiale der Sozialdemokratie“ bezeichnet, so mag sie das ruhig weiter tun; sie wird damit in ihren Mitgliederkreisen nur Klarheit über die eigenen Schwindel- und Entstellungsmethoden schaffen. Denn jeder Kommunist, der einmal mit SAP-Arbeitern in Versammlungen oder im Betrieb diskutiert hat, weiß allein am besten, daß das blanke Schwindel ist.

Desgleichen ist es Schwindel, daß wir gegen rote Einheitsausschüsse sind. Unsere Berliner Genossen haben mehr als einmal die KPD zur Bildung von Kartellen aufgefordert. Und der Name — ob Kartell, ob Einheitsausschuß — dürfte es wohl nicht tun.

Ebenso ist es Schwindel, daß die SAP gegen die Wahl der Ausschuß- (oder Kartell-) Vertreter durch die Arbeiter sei. Im Gegenteil! Wo wir zur Bildung von Kartellen kamen, sind wir für die Wahl der Vertreter in Mitgliederversammlungen der beteiligten Organisationen, also durch die Arbeiter selbst eingetreten — allerdings: unter Einschaltung der Organisationen! Denn nur so sind die in diesen Organisationen erfaßten Proletarier wirklich in ihrer Masse, in ihrer Gesamtheit in Bewegung zu setzen. Wer diese Möglichkeit sabotiert, der verhindert praktisch die Ausdehnung des Kampfes auf die ganze Masse des organisierten Proletariats. Jawohl, auch wir sind der Meinung, daß nur

der gemeinsame Kampf

der Proletarier die endgültige Einheitsfront schmieden kann. Aber während die Kommunisten durch die Ausschaltung der Massenorganisationen diesen gemeinsamen Kampf praktisch verhindern, immer nur zu Parteikämpfen auf eigene Faust kommen, bemühen wir uns darum, durch die die Organisationen erfassenden Kartelle den gemeinsamen Kampf wirklich herbeizuführen.

Fürchten sich die Kommunisten, mit SAP- und Gewerkschaftsvertretern in einem Kartell zu sitzen und mit ihnen gemeinsam zu arbeiten? Warum fürchten sie sich?

Daß überdies die Berliner Bezirksleitung der KPD den halben Schritt vorwärts, den der Aufruf der „Roten Fahne“ darstellt, wieder rückgängig macht und wieder erklärt: Einheitsfront aber nur unter kommunistischer Leitung — das möge sie mit ihrer Zentrale ausmachen. Daß selbst die halbe Schwenkung des „Rote Fahne“-Aufrufs zur wirklichen, fruchtbaren Einheitsfront des kämpfenden Proletariats gar nicht ehrlich gemeint, nur als taktisches Ausweichmanöver unter dem Druck der SAP-Aktion gedacht war, das hat die Antwort des Berliner Bezirks der KPD leider bestätigt.

# Wer zersetzt die Reichswehr?

Berlin, 3. Februar.

Wir haben in der vergangenen Woche eine Nachricht der sozialistischen Korrespondenz „Zeit-Notizen“ über militärische Ausbildung nationalsozialistischer Verbände auf dem Truppenübungsplatz der Reichswehr, Döberitz, wiedergegeben.

Nach Veröffentlichung dieser Nachricht begann um das Gelände des Übungsplatzes herum eine lebhafte polizeiliche Aktion. Wir gedenken die polizeilichen Aufgaben durch neue Veröffentlichungen über die nationalsozialistische Tätigkeit auf reichseigenem Boden nicht stören zu sollen. Nachrichten darüber lagen uns noch bis in die letzten Tage hinein vor.

Heute nun wird der Öffentlichkeit mit einem Bericht des Polizeipräsidenten das Resultat der polizeilichen Bemühungen unterbreitet. Wir lassen die Mitteilung des Polizeipräsidenten im Wortlaut folgen:

Am 20. Januar 1932 wurden in Berlin-Falkensee eine Anzahl von Personen festgenommen, die in dem dringenden Verdacht standen, die Zersetzung der Reichswehr in Elsgrund (im Lager Döberitz) im Auftrage der KPD zu betreiben. Bei den Durchsuchungen wurde umfangreiches kommunistisches Zersetzungs material, bei einem der Beschuldigten wurden außerdem drei Pistolen, Munition, ein MG-Schloß, Handgranatenköpfe und Zünder gefunden. Die Festnahme eines der Täter gelang gerade in dem Augenblick, als er in einem Kaffee in Berlin mit einem Reichswehrangehörigen saß und versuchte, von diesem über militärische Dinge etwas zu erfahren. Die von ihm herüber gemachten Notizen hatte er vor sich liegen. Gegen die Beschuldigten ist ein Strafverfahren eingeleitet worden. Vom Vernehmungsrichter beim Polizeipräsidenten

Berlin wurde gegen sechs Personen Haftbefehl erlassen.

Die Resultate solcher kommunistischen „Zersetzungsarbeit“ werden natürlich sehr übertrieben. Vielfach hat es sich in solchen Fällen um Agent-provocateur-Arbeit gehandelt. Wer in Wirklichkeit die Reichswehr zersetzt, lehrt der folgende Bericht, der uns schon vor einigen Tagen zugeht:

Am Sonntag, dem 31. Januar, fanden auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz Übungen der Berliner SA statt. Es steht einwandfrei fest, daß die Übungen Angehörigen der dort stationierten Reichswehr nicht entgangen sein können.

Am frühen Vormittag waren gegen 1000 SA-Leute, die teilweise mit Stahlhelmen sowie Militärmänteln und -schuhen bekleidet waren, auf dem Platze aufmarschiert. Bei den Übungen wurden Attrappen von Handgranaten und Gewehren benutzt. Auto- und Motorradstaffeln verstärkten noch den Eindruck eines regelrechten Manövers. Kavalleristen der Reichswehr beteiligten sich als Zuschauer, während ein Reichswehrauto, dessen Insassen freundlich nach allen Seiten die Nazis grüßten, quer über den Platz fuhr. Passanten, die sich erdreisteten, den Platz zu betreten, wurden von der SA mit den Worten angeschnauzt: „Sehen Sie denn nicht, daß hier Truppenübungen sind?“

Bombenanschlag auf den ägyptischen Premier. Am Hause des ägyptischen Ministerpräsidenten Sidki Pascha wurde eine Bombe gefunden, deren Zündschnur brannte. Es gelang einem Polizisten, rechtzeitig die Gefahr zu beseitigen.

# Die Intervention der Mächte

China nimmt an — Japan lehnt ab!

London, 3. Februar.

Nach einer Mitteilung des Außenministeriums in Nanking ist China bereit, den englisch-amerikanischen Vermittlungsvorschlag anzunehmen. Die chinesische Regierung hoffe auf baldige Einstellung der Feindseligkeiten und auf einen Entschluß der Mächte, um das Ansehen des Völkerbundes, des Kellogg-Paktes und des Neunmächte-Abkommens durch eine endgültige Maßnahme aufrecht zu erhalten.

Wie weiter gemeldet wird, wollen die Chinesen mehrere Flugzeuggeschwader nach Nanking entsenden.

\*

Tokio, 3. Februar.

Man glaubt, daß die Antwort Japans auf die Vorschläge der drei Mächte, die wahrscheinlich heute nachmittag gegeben werden wird, unter gewissen Bedingungen die vier ersten Punkte annehmen, aber, wie bereits gemeldet, den Punkt 5 entschieden ablehnen wird, da Japan nicht in der Lage sei, die Beteiligung einer dritten Macht an den chinesisch-japanischen Verhandlungen über den Mandschuri-Konflikt zuzulassen.

# Deutschland meldet sich

Schritt in Tokio und Nanking

TU. Berlin, 3. Februar.

Die deutsche Regierung hat ihren Botschafter in Tokio und ihre Gesandtschaft in Nanking telegraphisch beauftragt, der japanischen bzw. der chinesischen Regierung in freundschaftlicher Form zu erklären, daß sie angesichts der letzten Entwicklung in Ostasien im Interesse der Wiederherstellung friedlicher Zustände sich gegenüber beiden Regierungen dem Vorschlag der anderen Mächte anschließt, daß

1. alle kriegerischen Maßregeln und Kriegsvorbereitungen eingestellt werden, insbesondere die Feindseligkeiten in Schanghai alsbald ihr Ende finden,
2. zwischen den beteiligten Regierungen sofort Verhandlungen im Geiste des Kelloggpaktes und der Völkerbundsentscheidung vom 10. Dezember 1931 beginnen möchten.

# Komintern veranlaßt Protestaktion

TU. Moskau (über Kowno),

U. Moskau (über Kowno), 3. Februar.

Das Präsidium des Vollzugausschusses der Kommunistischen Internationale erläßt einen Aufruf, daß sämtliche kommunistischen Parteiorganisationen und diejenigen Verbände, die der Komintern unterstehen, energischen Protest gegen das japanische Vorgehen in Schanghai erheben sollen. Die Komintern werde einen besonderen Tag festsetzen, an dem die kommunistische Partei gegen die politischen Ereignisse im fernen Osten demonstrieren soll.

# Noch ein Ultimatum

Swatau vor der Besetzung?

TU. Tokio, 1. Februar

Der japanische Generalkonsul übermittelte den Behörden in Swatau, wie jetzt erst bekannt wird, ein auf 48 Stunden befristetes Ultimatum, in dem verlangt wird, daß alle japanfeindlichen Vereinigungen sofort aufgelöst und umfangreiche Maßnahmen zum Schutze des japanischen Handels getroffen werden. Falls die Forderung bis Montag abend nicht erfüllt sein sollte, werde Swatau von japanischen Marinetruppen besetzt werden. Die Antwort der Chinesen ist noch nicht bekannt. Vier japanische Zerstörer sind nach Swatau unterwegs.

\*

Swatau ist wie Shanghai Hafenstadt. Der „Kreuzzug“ der Japaner läßt an Systematik nichts zu wünschen übrig. Der Warenboykott soll, koste was es wolle, gebrochen werden. Dazu wird natürlich die Expansionsmöglichkeit durch die Besetzung von Hafentädten begünstigt und forciert. Daß dem „Preußen des Ostens“ jedes Mittel recht ist, geht aus einer späteren Meldung hervor, wonach die Japaner den chinesischen Bürgermeister von Swatau ein weiteres Ultimatum gestellt haben,

sofort eine Zeitung, die einen Artikel gegen den japanischen Kaiser veröffentlicht hatte, am Erscheinen zu verhindern und eine Entschuldigung auszusprechen. Sollte diesem Verlangen nicht nachgegeben werden, so würden die Japaner sofort die notwendigen Schritte tun.

Chinesische Truppen in Stärke von 5000 Mann haben eine Stellung nordwestlich von der Stadt bezogen. Die ausländischen Konsuln glauben, daß ein Zusammenstoß zwischen den Japanern und Chinesen unvermeidlich ist.

Die Reichsrats-Vollsitzung, die für Donnerstag, dem 4. Februar, im Reichstagsgebäude anberaumt war, fällt aus.

Günstige Steuerbilanz in England. Die Steuereinnahmen der am 30. Januar beendeten Woche betragen 33 318 004 Pfund, die Ausgaben nur 1 355 930 Pfund, so daß das Defizit des Staatshaushalts auf 11 985 438 Pfund gesenkt wurde.

# Der Fall Bullerjahn

Die Geschichte eines Justizverbrechens / Bericht von Berthold Jacob

Der Fall Bullerjahn, der immer noch seiner Liquidation harret, ist das Musterbeispiel eines Justizverbrechens. Seit sieben Jahren schwärzt diese Wunde am Körper der deutschen Justiz. Im Februar 1925 wurde der Lagerverwalter Bullerjahn unter der Beschuldigung des Landesverrats verhaftet; im Dezember des gleichen Jahres nach einem skandalösen Verfahren, dem alle Rechtsgarantien fehlten, vom Reichsgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Von Anfang an sprachen starke Anzeichen dafür, daß das Urteil falsch sei. Berufungsmöglichkeiten aber läßt das Verfahren vor dem Reichsgericht bekanntlich nicht zu.

Der verstorbene Genosse Paul Levi hat einen guten Teil seiner Kraft und seiner großen Fähigkeiten an die Aufklärung dieses offenbaren Justizverbrechens gewandt. Bald nach seinem Tode übernahm Genosse Kurt Rosenfeld die Verteidigung Bullerjahns, und jetzt konnte, Schritt für Schritt vorwärts, das Unrecht offenkundig gemacht werden, das die Justiz an Bullerjahn begangen hatte. Noch leistet der Oberreichsanwalt dem Begehren der Verteidigung, in einem Wiederaufnahmeverfahren den ganzen Fall aufs neue zu behandeln, erbitterten Widerstand. Aber schon hat doch der Vierte Strafsenat des Reichsgerichts anerkennen müssen, daß das Urteil, kraft dessen Bullerjahn auf fünfzehn Jahre aus der Liste der Lebenden gestrichen werden sollte, brüchig geworden ist, daß es der Nachprüfung bedarf.

Bullerjahn ist vorläufig aus der Haft beurlaubt. Nachdem nunmehr die Ermittlungen des Strafsenats abgeschlossen werden konnten, steht jetzt seine endgültige Entscheidung über Zulassung oder Abweisung der Wiederaufnahme bevor. Die nächsten Wochen schon werden vermutlich diese Entscheidung bringen.

Unser Mitarbeiter, Genosse Berthold Jacob, ist wie kein anderer in der Lage, ein getreues Bild dieses empörenden und erregenden Justizskandals zu zeichnen, denn er hat, in Gemeinschaft mit dem Herausgeber der Korrespondenz „Zeit-Notizen“, die journalistischen Recherchen unternommen, die dann zur Aufdeckung des Verbrechens führten, das man an Bullerjahn begangen hatte.

Wie aber die Entscheidung der Leipziger Richter auch ausfallen möge, so viel steht heute schon fest:

Das Reichsgericht hat mit seiner vorläufigen Entscheidung, die das Wiederaufnahmeverfahren Bullerjahn für „an sich zulässig“ erklärt, zugestanden, daß das Bullerjahn-Urteil anfechtbar geworden ist. Das Reichsgericht besteht seit dem Jahre 1879. Seit seiner Begründung ist der Fall Bullerjahn die erste vom Reichsgericht abgeurteilte Strafsache, von der dieselben Reichsrichter anerkennen mußten, daß das Urteil nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sei.

## Paris 1907

Wir schreiben das Jahr 1907. In Frankreich regiert das Kabinett Clemenceau. In diesem Frankreich empfindet man nur allgemein die deutschen Ansprüche auf Marokko als ungerechtfertigt, aber einen Krieg deswegen führen — daran denkt kein vernünftiger Mensch.

Der Repräsentant einer der größten deutschen Waffenfirmen in Paris aber empfängt in diesen Tagen den folgenden Brief seiner Gesellschaft:

„Wir drahteten Ihnen soeben: Bitten unseren heutigen Brief in Paris abwarten.“

Grund dieser Depesche war, daß wir die Aufnahme eines Artikels in einer der gelesesten französischen Zeitungen, möglichst im „Figaro“ durchsetzen möchten, welcher folgendermaßen lautet:

„Die französische Heeresverwaltung hat sich entschlossen, die Neubewaffnung der Armee mit Maschinengewehren erheblich zu beschleunigen und die doppelte

Anzahl, als zuerst beabsichtigt, zu bestellen.“

Wir bitten Sie, alles aufzubieten, um die Aufnahme eines derartigen Artikels zu erreichen.

Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken. gez.: G. Gontard, Kosegarten.“

In dieser Form ist der Artikel allerdings nicht erschienen. Wenige Tage danach erschienen jedoch sowohl im „Figaro“, im „Matin“ und auch im „Echo de Paris“ Artikel über die Vorzüge des französischen Maschinengewehrs, die dem französischen Heer fortan ein ganz gewaltiges Übergewicht im Felde sichern sollten.

Bei den nächsten Etat-Debatten des Reichstages interpellierte, mit diesen Zeitungsnummern in der Hand, der Abgeordnete Schmidt den Reichskanzler und fragte, was die Regie-

rung zu tun gedanke. Mit großer Mehrheit hat dann der gebluffte Reichstag die von der Heeresverwaltung angeforderten Mittel zur Vermehrung des Sollbestandes der deutschen Maschinengewehre bewilligt. Die Dividende der Firma stieg im Lauf der nächsten Jahre von 20 auf insgesamt 32 Prozent (nach Otto Lehmann-Rußbüldts Schrift „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“; Hamburg-Bergedorf; 1929).

Der Brief der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken wurde am 10. Dezember 1910 im „Vorwärts“ veröffentlicht. In der Reichstagsitzung vom 18. April 1913 nahm der Reichstagsabgeordnete Dr. Karl Liebknecht auf ihn Bezug, als er erklärte:

„Meine Herren! In einer Zeit, in der in der „Kreuz-Zeitung“ ein Regierungsrat schreiben konnte: „Herr, gib uns wieder Krieg!“, in der die „Konservative Korre-

spondenz“ schreiben konnte: „Ein Krieg käme uns gerade recht“, in der Herr von der Goltz sagen konnte: „Wenn es doch einmal losginge! . . .“, in einer Zeit, die den gefährlichen Gedanken des Präventivkrieges durch die fortgesetzten Rüstungen geradezu provoziert . . ., in einer solchen Zeit ist es außerordentlich interessant, ein Gebiet zu betrachten, das bisher noch kaum jemals recht beleuchtet worden ist, und damit bloßzulegen eine der Wurzeln der Kriegsgefahren, die den europäischen Völkern und speziell auch dem deutschen Volke drohen.“

Ich will mich beschäftigen mit den Praktiken und Schleichwegen unserer Militärlieferanten. Es ist bekannt, daß das Deutsche Reich von einer der größten Militärlieferungsfirmen in bezug auf die Panzerplatten systematisch geprellt worden ist...“ (Weitere Artikel folgen.)

## Hexenprozeß 1931

Vom Gericht in Pfaffenhofen (Bayern) wurden drei Personen, die eine Dorfbewohnerin der Hexerei beschuldigt hatten, wegen Beleidigung und übler Nachrede zu Haftstrafen verurteilt. Das Gericht verurteilte die bedingte Begnadigung.

Der Prozeß warf ein trübes Licht auf die Bildung bäuerlicher Volkskreise und lieferte den Beweis, daß mittelalterlicher Aberglaube aus den Köpfen vieler Volksgenossen noch nicht verschwunden ist. In einem Dorf nahe Pfaffenheim heiratete ein kleiner Landwirt. Die junge Frau war sehr tüchtig, und die bis dahin armselige Wirtschaft nahm einen raschen Aufschwung. Dies erregte den Neid vieler Bauern im Dorf und besonders den des Dorfwirts, der als Wucherer die armen Bauern tyrannisierte und aussaugte. Er war der Bankier und politische Herrscher des Dorfes zugleich. Die junge Frau verstand sich besonders auf die Butterherstellung. Diese Tatsache entlockte der Schwiegermutter einmal die freudige Anerkennung: „Du bist a richtiges Butterhexl“. Der harmlose Freudenausbruch der alten Bäuerin brachte den Stein ins Rollen. Die vom Dorfwirt beeinflussten Bauern griffen das Wort „Butterhexl“ auf und im dörflichen Klatsch wurde eine richtige „Hexe“ daraus.

Das Martyrium des jungen Paares begann. Die Familie des jungen Mannes wurde im ganzen Dorfe gemieden. In dunkler Nacht schrieb man mit Kreide an seine Tür:

Hier wohnt die Hexe G.“

Jeder Mißerfolg der Bewohner des Dorfes wurde der Hexe zugeschrieben. Die Nachbarin ließ sich vom Boten besondere „Sympathiebücher“ aus der Stadt mitbringen. In wöchentlichen Zusammenkünften wurden dann aus diesen Büchern Besprechungen und Beschwörungen der „Hexe“ vorgenommen, um die junge Frau zu beleidigen und zu schikaniieren. Eines Tages, nachdem der Bauer seine letzte Schuldsumme aufgekündigt und bezahlt hatte, rotteten sich die Bauern zusammen und zogen durch das Dorf. Schilder wurden vorangetragen: „Hinweg mit der Hexe G.“ Nach einer kurzen Versammlung auf dem Dorfplatz spendete der Gastwirt einen Klafter Holz zu einem Scheiterhaufen für die Hexenverbrennung.

In seiner Not fand der Bauer keinen anderen Ausweg, als den Amtman in Pfaffenhofen um Hilfe anzurufen. Darauf wurde er zunächst in Ruhe gelassen. Bei der Gerichtsverhandlung leugneten alle Beteiligten, je an eine Hexe glaubt zu haben oder üble Nachrede geführt zu haben. Sogar der Wirt bestritt, an den wilden gefährlichen Gerüchten Schuld zu sein, obwohl ihm nachgewiesen werden konnte, daß er tatsächlich ein Klafter Holz für den Scheiterhaufen gestiftet hatte. Die Anstifter der Unruhen fanden milde Richter. Das Gericht erkannte auf geringe Haftstrafen mit bedingter Begnadigung.

Wie die Chronik berichtet, verbrannte man die letzte Hexe 1782 zu Glarus in der Schweiz. In unserem Zeitalter der glänzenden Technik

und eines niegekannten Fortschritts aller Wissenschaften sind die furchtbaren Nachwirkungen der Hexenprozesse und -Verfolgungen aus dem Mittelalter noch nicht ganz verlöscht, wie vorstehender Fall beweist. Bezeichnend ist, daß sich dieser Fall im religiösen Bayern ereignete, im Ursprungsland Hitlers.

## Ruinen werden geflickt

Reichspräsident v. Hindenburg hat zum Wiederaufbau des Alten Schlosses in Stuttgart aus dem ihm zur Verfügung stehenden Fonds eine Gabe von 100 000 Mark bewilligt.

Die Spende ist mit Rücksicht darauf erfolgt, daß es sich bei dem Schloß um ein Baudenkmal handelt, dessen Zerstörung als ein das ganze Volk berührender Verlust anzusehen sei.“

Hunderttausend Mark zum Wiederaufbau einer historischen Ruine. „Das schwäbische Volk spricht dem Herrn Reichspräsidenten seinen tiefsten Dank aus.“

— Es gibt allein in Berlin 24 400 Wohnungen, in denen auf ein (!) heizbares Zimmer sechs und mehr Personen kommen. In denen elf und mehr Personen in zwei Zimmern wohnen.

Aber wir basteln an Ruinen herum.

## Sieben Flugzeuge vermißt

Im Gebiet der Vereinigten Staaten werden sieben Flugzeuge mit mehr als 20 Personen

an Bord infolge Nebels und Sturmes vermißt. Luftpatrouillen, Militärflugzeuge, Automobile und Motorboote sind zur Suche ausgesandt worden. In den Bergen Kaliforniens entdeckte man die verbrannten Reste eines abgestürzten Flugzeuges.

Von den übrigen sechs Flugzeugen hat man bisher noch nichts gefunden.

## Soldatenselbstmord

Am Mittwoch früh hat sich der Obergreife Stannigel des in Glogau in Garnison liegenden zweiten Bataillons des 8. Preußischen Infanterie-Regiments auf offener Straße erschossen.

## Sturm über Norwegen

Seit Montag wird die Küste von Nordnorwegen von einem Orkan heimgesucht. Am schwersten wurde der kleine Fischereihafenplatz Meffjord bei Tromsø betroffen, wo so gut wie alle Wohn- und Lagerhäuser und die Schiffsbrücken zerstört wurden.

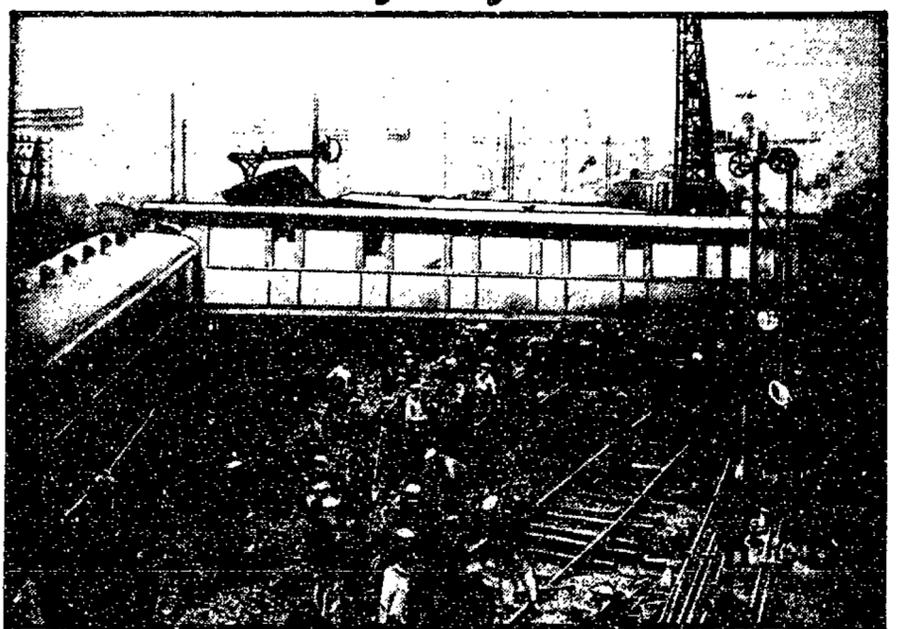
Bei Herstad wurde ein kleines Fischereifahrzeug gegen eine Klippe geworfen und zerschmettert. Die beiden Insassen ertranken bei dem Versuch, schwimmend die Küste zu erreichen.

## Kultur breitet sich nicht aus, hast du Hakenkreuz im Haus

Im Wiener Raimund-Theater versuchten Nationalsozialisten während der Aufführung von Moissis „Jedermann“ Krawalle zu inszenieren. Bei den Ansammlungen vor dem Theater wurden dreizehn Radaubruder von der Polizei festgenommen.

Im Parterre des Theaters wurde eine Stinkbombe gefunden, jedoch unschädlich gemacht. Die Vorstellung wurde nicht gestört.

## Das Schnellzugsunglück bei Paris



Der Schnellzug Paris—Dijon entgleiste bei Melun (eine Schnellzugstunde von Paris). Ein Toter und mehrere Schwerverletzte wurden gemeldet.



# JUNO

„IHRER GUTE WEGEN“  
BERLINS  
MEISTGERAUCHTE  
CIGARETTE 6 Stück 20<sup>3</sup>



# Feuilleton der SAZ

## Der nördliche Seeweg

Die Lösung eines Verkehrsproblems • Von Walter Ehemann

Während mehrerer Jahrhunderte wurden Versuche unternommen, auf dem nördlichen Seewege durch das Nördliche Eismeer von Europa zu den Gebieten des Fernen Ostens zu gelangen und dadurch den üblichen Weg nach den Handelsplätzen Chinas und Japans rund um den ganzen riesigen asiatischen Erdteil auf einen Bruchteil zu verkürzen. Seit über dreihundert Jahren ist dieser Weg bekannt. Drei Jahrhunderte hindurch hat menschlicher Unternehmer- und Entdeckergeist vergeblich mit diesem Problem gerungen. Immer wieder haben sich Verfechter der Idee dieses Weges gefunden, die nicht müde wurden, nicht mit dem Aufwand an Mitteln und Energien sparten, um endlich diesen lebenswichtigen Weg dem Welthandel zu erschließen.

Der Teil des Nördlichen Eismeres, der die Küste Sibiriens von den Ausläufern des Uralgebirges bis zur Behringstraße bespült, wird durch die Halbinsel Taimyr in zwei Teile, einen westlichen und einen östlichen, geteilt, zwischen denen der Verkehr durch Eismassen erschwert ist. Der westliche Teil ist schon heute erforscht und teilweise ausgenutzt, er wird das „Karische Meer“ genannt. Durch dieses Karische Meer führt der nördliche Seeweg zu den Mündungen der großen sibirischen Flüsse Ob und Jenissej. Schon vor drei Jahrhunderten benutzten Kaufleute von Archangelsk diesen Weg. Der Tyrann Iwan der Schreckliche verbot aber seine Benutzung, und über 120 Jahre, bis zum Jahre 1860, dauerte der amtliche Boykott. Als dann eine einsichtige Regierung die Benutzung dieses Weges unterstützte, setzten erneut Gegenströmungen von Kreisen ein, die an einer Sabotage der Entwicklung dieser Verkehrsstraße interessiert waren.

Aber im Jahre 1876 wurde durch eine Reihe von Reisen festgestellt, daß das Karische Meer in den Monaten August, September und Oktober regelmäßig gefahrlos zu befahren ist. Diese Reisen wurden bis etwa tausend Kilometer den Jenissej stromaufwärts fortgesetzt, und so dessen Benutzbarkeit für Seeschiffahrt festgestellt. Im Jahre 1877 wurde ein Versuch in umgekehrter Richtung gemacht mit einem auf dem Jenissej gebauten Schoner, der ebenfalls gelang. In den folgenden Jahren fuhren schon eine ganze Anzahl Schiffe von Europa zu den Mündungen des Ob und Jenissej und führten ausländische Waren nach Sibirien mit. Aus Sibirien wurden in umgekehrter Richtung Getreide, Holz und Oelkuchen nach Europa verfrachtet. Einigen dieser Schiffe gelang es bereits, den Jenissej bis zu 2000 Kilometer aufwärts bis nach Jenissejsk zu gelangen. Im Jahre 1905 nahm die Bewegung infolge des russisch-japanischen Krieges einen großen Aufschwung. Für den Bau eines zweiten Gleises der transsibirischen Eisenbahn wurde das Material auf dem nördlichen Seewege auf 22 in Deutschland und England aufgekauften Flußdampfern mitgeführt. Aber erst im Jahre 1913 gelang es endgültig, von dem Wege über das Karische

Meer das Odium der Unbenutzbarkeit zu nehmen. Ein 1600-Tonnen-Dampfer „Korvett“ führte aus Stettin 6000 Faß Zement für die Altaibahn und 8000 Pud englische Waren mit. Leiter der Expedition war der berühmte Polarforscher Fridtjof Nansen. Die Fahrt von Tromsø (Norwegen) bis zur Jenissej-Mündung dauerte 24 Tage und verlief ohne besondere Schwierigkeiten.

Die Lösung des Problems des nördlichen Seeweges blieb aber der russischen Revolution vorbehalten. Genau wie die große französische Revolution in der Zeit ihrer größten Bedrängnis noch Kraft und Initiative genug zu umstürzenden Neuerungen fand, so hat auch die proletarische Revolution Rußlands in einer Zeit, in der Hunger und Bürgerkrieg die Fundamente der revolutionären Errungenschaften bedrohten, im Jahre 1920 die große Larische Expedition begründet. Der Wert des nördlichen Seeweges wurde während der Koltshak-Periode des Bürgerkrieges erkannt, wo es den Sowjets gelang, große Mengen sibirisches Getreide auf diesem Wege nach Archangelsk zu bringen. Die „Karische Expedition“ ist ein Unternehmen des russischen Außenhandelskommissariats. Das „Hydrologische Institut“ zu Leningrad nimmt seit dem Jahre 1921 alljährlich wissenschaftliche Eismeerforschungen vor.

Der Erfolg war, daß im Jahre 1927 alle Reisen auf diesem Wege glücklich verliefen. Die geschäftliche Organisation der „Karischen Expedition“ liegt in den Händen der bekannten „Arcos-A.G.“, London, die technische Organisation liegt beim Komitee „Nordischer Weg“. Die Aufgaben der „Karischen Expedition“ bestehen darin, den „nördlichen Seeweg“ systematisch für die Zwecke des Warenverkehrs auszunutzen. Im Zentralorgan des Volkskommissariats für Außen- und Innenhandel der UdSSR. vom Jahre 1929 gibt J. Kazwa eine Uebersicht über die Ausfuhrsteigerung auf diesem Wege, es wurden ausgeführt in Metertonnen: Holz 1924 = 2046, 1927 = 6795 to; Weizen 1924 nichts, 1927 = 1650 to; Faserstoffe 1924 = 937 to, 1927 = 1062 to; Graphit 1924 nichts, 1926 = 1355 to. Man sieht hier die planmäßige Entwicklung dieses Weges. Durch den Ausbau der Wasserwege Sibiriens, Verbindungskanäle zwischen Ob und Irtsch, zwischen Jenissej, Angara und Selenga erhält dieser Weg eine noch gar nicht abzusehende wirtschaftliche und politische Bedeutung, da er die Mongolei wie überhaupt einen großen Teil der Wirtschaftsgebiete Asiens mehr und mehr an die Sowjetunion bindet und den englisch-amerikanisch-japanischen Märkten im Osten Chinas zu entziehen droht.



### Ein General erzählt vom Krieg

Daß Generale Bücher schreiben, passiert von Zeit zu Zeit. Daß sie darin vom Krieg und von ihren Kriegstaten berichten, liegt nahe. Daß aber einmal ein General daherkommt und den Krieg nicht beschönigt, sondern ihn so schildert wie er wirklich war, mit allen Häßlichkeiten, allen Lasten und allen Verlogenheiten, das ist bestimmt eine Seltenheit.

Ruhe, nur Ruhe: der das tat, ist natürlich kein Deutscher. Er ist Ire, und seine Soldaten kommandierte er für das perfide Albion in den Tod. Crozier heißt er, und sein Buch, das im Paul-Zsolnay-Verlag (Berlin-Wien-Leipzig) erschienen ist, „Im Sturm ums Niemandsland“.

Etwas weitschweifig und selbstgefällig erzählt da der alte Herr, was ihm 1914/18 so alles in die Quere gekommen ist. Besonders interessant, wie er die ihm unterstellten Truppen ideologisch auf die Metzelleien in den Schützengräben vorbereitet hat; er nennt das: „den für Kriegszwecke so nötigen Blutausch erzeugen“. Da schreibt er auch solche Sätze:

„Die christlichen Kirchen sind die besten Blutauschzeuger, die wir besitzen, und

wir machen ausgiebigen Gebrauch von ihnen.“ Das ist ein Maß von Ehrlichkeit, wie wir es von den deutschen Kollegen des Herrn Crozier nicht gewöhnt sind.

Solange der Krieg gedauert und er sein Generalshandwerk ausgeübt hat, ist Herr Crozier, nicht nur in seinem Tun, auch in seinem Denken, gewesen, was eigentlich diese Generale alle sind: eine Art Engrosschlächter. Nach dem Kriege aber ist ihm die Erleuchtung gekommen. Mit der gleichen Primitivität, mit der er früher in der Waffe das Mittel sah, um Ordnung in der Welt zu schaffen, preist er jetzt den Völkerbund als Rettung aus der Not an. Ein unglaublich naiver Epilog, ein Ausblick auf das Jahr 2119, beendet das Buch und beweist erneut — was wir Deutschen in praxi schon wiederholt feststellen konnten —: daß Generale meist schlechte Politiker sind.

### Kleines Feuilleton

Musik im Fünfjahresplan.

In Rostow am Don wurde soeben die erste russische Fabrik für Musikinstrumente vollendet. Es ist vorgesehen, jährlich 225 000 Balalaikas, 80 000 Gitarren und 85 000 Mandolinen herzustellen. Die Balalaika, das Nationalinstrument der Russen, behauptet sich über alle Wandlungen der Zeit hinweg in der Volkskunst.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

### 38. Fortsetzung.

„Er verlangte es wirklich ganz ernstlich; dann ist es auch gar nicht ratsam, ihm zu widersprechen. Sie lachen, aber ich habe noch einen richtigen Schreibkrampf in den Fingern. Stellen Sie sich vor, wenn er mich enterben würde, könnte ich wochenlang auf der ersten Seite erscheinen und alle Zeitungen würden sich um meine Bilder reißen.“

„Marjorie, Sie werden auch ohne Prozeß genug fotografiert.“

„Man dürfte mich noch mehr kennen. Sehe ich nicht besser aus als unsere weltberühmten Filmschauspielerinnen? Und dann diese Sache mit der Erheinerung. Ich schwöre Ihnen, ich habe dreimal ganz klar sein Gesicht gesehen, das ist schon an und für sich eine Sensation.“

„Wahrscheinlich ist er hier, so erkläre ich mir Ihre spiritistischen Gesichter.“

Dann würde er bestimmt herkommen, mir vielleicht drohen, einen Skandal machen. Nein, dieses dreimal auftauchende Gesicht, das ist ein übernatürliches Zeichen.“

11.

Auf den Korridoren der Gäste herrscht große Aufregung. Sorgsam verschlossene Türen öffnen sich, in den Türrahmen erscheinen verärgerte Gesichter und man ruft laut und ungehalten nach dem Dienstpersonal.

Die halbe Stunde Kartoffelschlacht unten in den Speiseräumen des Personals hat das präzise Uhrwerk des Hotels in Unordnung gebracht. Die Leute fehlen überall. Während sich sonst die Essenden schichtweise ablösen, war jetzt eine Stockung in dem normalen Verlauf des Tages eingetreten.

Auf unerklärliche Weise hat sich unter den

Gästen auch die Ursache dieser Unordnung herungesprochen. Der kleinliche Anlaß, ja die Lächerlichkeit dieser Rebellion erhöht noch ihre Ungeduld. Wegen einiger Kartoffeln würden ihre Wünsche nicht sofort erfüllt! Verschiedene erklären in den schrillsten Tönen, daß sie sofort das Hotel zu verlassen wünschten. Andere geben den Rat, doch die Polizei gegen das renitente Personal zu Hilfe zu nehmen.

Fräulein Wesley weiß überhaupt nicht mehr, wie sie die vielen telephonischen Anforderungen beantworten soll. Sie wiederholt immer nur ins Telephon „jawohl, Herr“, „jawohl, gnädige Frau“, aber sie ist so aufgeregt, daß sie oft den weiblichen Stimmen „jawohl, Herr“ antwortet und den männlichen „jawohl, gnädige Frau“.

Da war die Dame mit den zerrissenen Zetteln, auf denen das Wort Arzt stand. Sie verlangte nach dem Stubenmädchen, die ihrer Meinung nach die Zeitschrift „Gesellschaftliches Leben im Süden“ verlegt haben mußte. Sie wollte darin noch lesen. Außerdem brauchte sie sofort lindernde Arznei, die ihr ein Page in der Hotelapotheke besorgen sollte.

Auch sie hat schon von der Kartoffelgeschichte erfahren; wirklich, sie beneidete diese Leute, die nicht wußten, welches Glück es war, sich wegen einiger Kartoffeln aufregen zu können. Wieviel Schrecklicheres mußte sie erdulden, was für Entsetzliches hatte sie heute schon erlebt. Sie hatte ihr Todesurteil erfahren. Die anderen können leben, sie brauchen keine Angst vor dem Tod zu haben. Und ihr verweigerte man Hilfe. Sie konnte das, was sie haben wollte, nicht sofort bekommen.

Der Besuch heute vormittag in dem Aertztehaus, in dem riesigen weißen Wolkenkratzer, war schrecklich. Die weite Marmohalle erinnerte an einen maurischen Hof. In der Mitte plätscherte ein Springbrunnen, bronzene und marmorne Männer- und Frauengruppen von renommistischer Schönheit, Gesundheit und Kraft standen auf erhöhten Sockeln. Ein aufdringlicher Duft südländischer Blumen versuchte vergeblich den Gestank von Desinfektionsmitteln und den der Ausdünstungen kranker Körper zu betäuben.

Die Wartenden umkreisten den Springbrunnen wie Gefangene einen Gefängnishof. Sie liefen umher und warteten auf Hilfe. Sie wollten leben, alle wollten leben!

Und dann hörte sie wieder die Worte: bösesartiges Geschwür, wir müssen operieren. Sie wußte, es war das Ende, aber man wollte sie erst noch quälen, sie aller Segnungen der Wissenschaft teilhaftig werden lassen.

Atemlos und verzweifelt war sie darauf in das Hotel zurückgekehrt und saß dann lange auf der Galerie der Halle. Die dort Wartenden waren eigentlich nur wenig verschieden von denen in dem Haus der Krankheiten. War das Leben lebenswert? Und doch, warum beneidete sie alle, die sie für gesund hielt? Warum war sie ungeduldig, weil sie die Zeitung aus der Heimat nicht lesen konnte? Warum verlangte sie so dringend nach ihrer Arznei, von der sie wußte, daß sie ihr nicht helfen würde? Warum zitterte sie vor Ungeduld, weil niemand kam, ihre Befehle auszuführen?

Auch der Professor hat wiederholt die Zentrale verlangt. Fräulein Wesley beeilte sich immer wieder zu versichern, daß sie sofort einen Pagen in das Appartement des Professors schicken würde. Der Anlaß zu soviel Ungeduld war gering. Die Frau Professor brauchte Garn, eine ganz bestimmte Farbe. Sie häkelte ein Jäckchen für ihr erstes Enkelkind. Aber man war nicht gewohnt, Wünsche, die man aussprach, nicht gleich erfüllt zu sehen.

Der Professor ging ungeduldig in den Zimmern auf und ab. Nicht das Fehlen des Garns machte ihn unruhig, nur die Ungeduld seiner Frau. Er hätte das Jäckchen in den unmög-

### Eine rosafarbene Zitrone.

In Burbank (Kalifornien), ist soeben eine rosafarbene Zitrone gezogen worden, spontan aufgetretene Mutation der im Jahre 1911 gezüchteten Eureka-Zitrone. Beim Reifen werden Schale, Fleisch und Saft ausgesprochen rosa. Bis jetzt kennt man nur einen Baum und hat Versuche zur Weiterzüchtung durch Pfropfen auf Sauer-Orangen gemacht.

### Ein Leseapparat.

Bereits vor zwei Jahren wurde in der amerikanischen Presse der von Bradley A. Fiske erfundene Leseapparat beschrieben, der heute nach weiterer Vervollkommnung erneut von sich reden macht. Es handelt sich um eine Stereoskop-Einrichtung, durch deren Gläser der Leser auf einen daran vorbeibewegten Papierstreifen blickt; dieser enthält, auf eine Verkleinerung von 1:25 der gewöhnlichen Schreibmaschinentype gebracht, den Text eines beliebigen Druckwerks in komprimierter Form photographisch reproduziert. Ein Buch von etwa 100 000 Wörtern findet auf zwei Streifen von 6—7 cm Breite und 57 cm Länge Platz. Auf jede Seite der Streifen kommen 25 000 Wörter. Haben diese den Apparat durchlaufen, so wird der Streifen gewendet und die Rückseite gelesen, dann der zweite Streifen. Die Kosten des Fiske-Apparates betragen je Stück 1 Dollar, die der Lesestreifen auf gutem Papier für ein Werk von 100 000 Wörtern 5—6 Cents. Die Herstellung der Streifen kann in kürzestem Zeitraum erfolgen.

### Der Fingerabdruck

für die Entdeckung von Verbrechen ist amtlich seit dem Jahre 1901 in Gebrauch. In China und Japan wurden Fingerabdrücke seit Jahrhunderten bei der Unterschrift von Aktenstücken zur Beglaubigung der Unterschrift verwandt.



Um einer schönen Geste nicht zu entbehren, während die Nationen teils wettürsten, teils schon schießen, wird alljährlich von dem sogenannten „Internationalen Komitee für Friedenspropaganda“ an den Autor des besten Friedensfilms ein Preis ausgeteilt.

In diesem Jahr erhielt der französische Schriftsteller Louis Blanchet für sein Werk „Sterbendes Haus“ einen Preis von 150 000 Franken.

Vorsitzender des Preisgerichts war der Vertreter der estnischen Regierung in Paris.

### Die deutsche Konkurrenz

Die Emelka bringt von neuem — vertont — den Kriegskitschfilm „Emden“, Heldenlied eines Schiffes, heraus.

Dieser Film hat in seiner stimmigen Fassung noch nicht genug Unheil angerichtet, man muß ihn im Interesse deutscher Kultur vertont servieren.

Navigare necesse est. Aber Kitsch ist nicht notwendig.

lichen Farben, und er bemerkte jetzt erst, während seine Frau mit den Häkelnadeln in der Luft fuchtelte, deutlich, daß er auch sie haßte. In akademischen Kreisen hatte man ihn und seine Frau mit den Spitznamen Philemon und Baucis beehrt, und er war bis vor kurzem stolz auf sein vorbildliches und puritanisches Leben. Er haßte sie schon lange, aber er hatte es sich noch nie so offen eingestanden. Er haßte sie, weil sie mit solcher Selbstverständlichkeit, so ganz ohne Widerwillen altern konnte, er verzeh es ihr nicht, daß er wie in einem Zerrspiegel in ihrem Gesicht sein eigenes Altern wiedererkennen mußte, die Runzeln, die weißen Haare, die verwellenden Hände. Wenn sie lächelnd über „wir Alten“ sprach und in dieses „wir“ auch ihn einbezog, fühlte er sich kalt werden vor Wut.

Der Professor kam aus einer kleinen Universitätsstadt nach New York; es war ihm auf seinen Wunsch für längere Zeit ein Urlaub bewilligt worden. Er wollte sich hier ausschließlich der Wissenschaft widmen. In Wahrheit war er auf der Flucht.

In der Universitätsstadt, in der der Professor gelebt hatte, gab es weder Industrie noch Landwirtschaft von Bedeutung. Hier standen sich nicht in erster Linie Klassen, sondern Alter und Jugend gegenüber, und obgleich „die Herrschenden“ die Professoren, die Alten waren, war es keineswegs die Jugend, die den kürzeren zog.

Diese Jugend, die in Pelzmänteln, in teuersten Kleidern, in der elegantesten Ausstattung im College erschien, die laut ihre Rechte verkündete, die offen erklärte, vom Leben nur Genuß zu erwarten, brachte den Professor und seine Kollegen zur Verzweiflung. Die Väter dieser Studenten und Studentinnen, die die vornehme Universität besuchten, hatten natürlich alle Geld und als ihre erste Pflicht sahen sie es an, ihre Kinder reichlich mit Mitteln zu versorgen, da sie selbst als Mummelgräse ohnehin ungeeignet waren, es auf passende Weise auszugeben. Die Jungen tanzten, ließen ihre Grammophone spielen, durchrasten mit ihren Autos die Umgebung und proklamierten die Freiheit der Liebe. Sie wollten nicht nur alles genießen, sie wollten es auch in schnellstem Tempo tun.

## Lob der Theaterchen

Wir sprechen gern einmal über die „Kleinen Häuser“, die das Hessische Landestheater in Darmstadt und das Staatstheater in Wiesbaden besitzen. Nicht daß wir sonderlich „Kammerspiele“ oder ähnliches liebten, sondern weil die szenischen Mittel dieser kleinen Bühnen Theaterleiter und Regisseure dringender, als es bei der großen Bühne der Fall sein muß, auf das eigentliche Gebiet der dramatischen Kunst auf der Sprechbühne verweisen. Einzig wirkend ist in solchen kleinen Theatern der direkte Kräftekontakt zwischen dem in Worten und Gebärden denkenden und fühlenden Künstler und einem aus diesen Gebärden und Worten sich die Anregung zu gedanklichen und gefühlsmäßigen Auseinandersetzungen holenden Publikum. Ohne selbstwichtige Kulisse. Das zwingt den Spielleiter, alle Aufmerksamkeit auf die Gestaltung des Sinnen-, d. i. Wortgehaltes des Stückes in Wort und Gebärde des Schauspielers zu konzentrieren, also Wortregie, Dialogregie, Schauspielerehrung, Aufbau, Akzentuierung in den Vordergrund zu schieben und die große „Inszenierung“ nur als letzten notwendigen Akzent, dem Stücke dienend, heranzuziehen. Der Dichter herrscht wieder, wo die Szene herrscht, das Wort, was das Bild. Das ist gerade heute wichtig: dies ist das Gebiet, wo der Tonfilm nicht mit dem Theater konkurrieren kann, weil es des Theaters eigentliches Gebiet ist. Von solcher Bühne dann kommt uns die so nötige Klarheit über andere geistige Welten: Auf kleiner Bühne, von klugen Sprechern gespielt, wird uns eine Aufführung von Goethes „Iphigenie“ aufschlußreicher, klärender, nachhaltiger sein als Hartungs feuerspeiender „Faust I. Teil“. Hier herrscht der Geist, hier ist Kunst kein Rausch, hier sind Auseinandersetzungen möglich. Und wir erinnern uns: Mit seinen pompösen Inszenierungen konnte Piscator einst die bürgerliche Kunstwelt erschüttern: zur Auseinandersetzung mit ihren Fragen zwang er die Arbeiterschaft im Wallner-Theater mit Créde und Friedrich Wolf.

Theaterchen, ihr habt eine hohe Aufgabe: Ihr könnt den ruhelos durch die Bilderwelt schweifenden, kühnen Regisseur immer wieder dahin zwingen, was des Theaters ist. Fast möchte man sagen: Was über euch hinaus ist, das ist vom Tonfilm. Aber das stimmt natürlich nicht ganz.

### Staatstheater Wiesbaden:

#### „Major Barbara“ von Shaw.

Ein Stück, das zu bringen ein Verdienst ist, wenn sich seine Aufführungstendenz in die skizzierten Richtlinien einfügt. Eine der hinterhältigsten Komödien Shaws. Eine Komödie zunächst gegen allzu große Einfachheit menschlichen Denkens. Gegen die Unkompliziertheit der moralischen Gefühle. Das ergibt: Unterminierung der heutigen Seelenwelt. Das Stück verhöhnt den Freidenker wie den Angehörigen der Staatskirche, ist eine Apologie des überzeugten Heilsarmeemädchens — gegen die Heilsarmee — und des hundertprozentig kapitalistischen Kanonenfabrikanten — gegen die Legende von der moralischen Rechtfertigung eines Systems. Das Stück verhöhnt die Tiranen der Menschheitslöhner — weil sie nicht Kanonen sind. Es gibt dem Kapitalisten recht — weil er weiß und durchsetzt, was er will. Das Stück verhöhnt die Armut — weil sie sich für eine Tugend hält, anstatt mit Gewalt auszubrechen. Es verherrlicht den Reichtum — weil nur Reichtum, d. i. Macht, Menschen und Welten nach seinem Bilde schaffen kann. Das überzeugte Heilsarmeemädchen Barbara geht mit der gleichen Hingabe zu den Kanonen — weil mehr als alles ist: die Macht haben für alles.

Man darf Shaw nicht beim ersten Wort nehmen: er ist hier nicht zu fassen. Man darf ihn nicht beim zweiten Wort nehmen: wir wären die Dummen ihm gegenüber. Aber aus dem Widerspiel seiner Worte ergeben sich hundert Anregungen zur Aktivität. Darin liegt seine Bedeutung. Für uns.

Die Aufführung unter Horst Hoffmanns hatte manche vergröbernde und pathetische Akzente, die fehl am Platze waren. Aber sie war gut gestrichen, gut geführt, und die gedankliche Linie war schlagend herausgearbeitet. Die knappe ironische Skizzierung der geschilderten Gesellschaftswelt gelang mit einem belebten, klugen Spiel von Lenore Fein, August Mombert, Magda Kuhn, Peter Blanck, Herta Ritter u. a.

### Hessisches Landestheater:

#### „Leben in dieser Zeit“ von Kästner.

Das Hessische Landestheater hat ähnlichen Gesichtspunkten, wie wir sie entwickelten, in seiner Spielplanpolitik für das „Kleine Haus“ anscheinend Berücksichtigung geschenkt. Wenn wir hier Katajews „Quadrat der Kreise“, Shaws „Die große Katharina“, Hebbels „Maria Magdalena“ usw. finden, so erkennen wir eine Linie.

Erich Kästners lyrische Suite vom „Leben in dieser Zeit“ ist eine nicht sehr sorgfältige Aneinanderreihung seiner wirkungsvollsten Chansons. Brecht schuf die Lehrstücke: er hatte etwas erkannt und vorzubringen. Kästner gibt sich manchmal wie er — aber er hat nichts erkannt, er hat nichts vorzubringen, er hat nur ein Gefühl erfahren: die Melancholie des modernen Daseins. Darüber singt er und klagt er. Das gibt seinen Grundton. Und dieser Grundton trifft manchmal eine verwandte Stimmung in uns. Manchmal — sonst haben wir unsere Einwendungen gegen ihn. Sein Tonfall macht ihn zum Dichter. Wer mehr in ihm sucht, wird enttäuscht.

Die Aufführung unter Kurt Hirschfelds Regie war zu sehr auf theatralischen Nebensächlichkeiten eingestellt. Ohne dies wäre, bei der ausgezeichneten Besetzung: Schindler, Hinz, Hoffart, Klein-schmidt u. a., die lyrische Beunruhigung

## Vom Marathontanz zum Sechstagerennen

Das kapitalistische System erfindet allerhand Methoden und Kniffe, um Geld zu verdienen. So verband es auch Geschäft und Sport. Zu einer Veranstaltung, die mit Sport nicht das geringste zu tun hat, werden Kanonen und Rekordmenschen herangezogen. Solche Veranstaltungen werden zu Ausgeburten des Sports und des kapitalistischen Systems!

Da kommen die größten Boxer der Welt und haufen vor einer ungeheuren Zuschauerzahl für viel Geld einen anderen Boxer zu Hackfleisch. Die Masse tobt vor Lust, und den Veranstalter lacht das Herz im Leib, weil es ihnen gelungen ist, soviel Menschen durch diese Unsportlichkeit zu begeistern. Sicher ist, daß die beste Reklame für die nächsten „sportlichen Kämpfe“ ein paar vollständig zu drei geschlagene Menschen sind. Man hat die Masse schon so erzogen, daß sie richtige Opfer verlangt, und eine solche „kulturelle“ Sache wird überhaupt nicht gebucht, wenn nicht mindestens ein Mensch äußerlich zertrümmert ist.

Boxen ist aber schon wieder etwas aus der Mode gekommen. Man geht zum Marathontanz! 454 Stunden wurde in der Frankfurter Festhalle getanzt. Getanzt? Numerierte Würmer, aus dem Leim gegangene Götzen kriechen auf einer Tanzfläche dahin. Jeder Besucher wird aufgefordert, die Tanzpaare zu neuen Leistungen anzustacheln. Firmen geben Prämien für die Paare, einmal aus Propagandagründen, aber auch, um neue Taten anzulegen. Regel: die Teilnehmer müssen sich 45 Minuten in der Stunde in Tanzbewegung halten, während die übrigen 15 Minuten zum Ausruhen und Schlafen bestimmt sind; muß ein Tänzer auf die Toilette, so bekommt er dafür 3 Minuten Freizeit und muß während der Pause 5 Minuten

ten nachtanzen. Fast hunderttausend Besucher beim Marathontanz beweisen, wie „sportbegeistert“ die Massen sind.

Ein Sensationchen wird durch das andere abgelöst. Die Frankfurter Festhalle ist von den Helden des Sechstagerennens beherrscht. Es werden Unsummen für Reklame und Fahrer ausgegeben. Die Eisenbahnfahrpreise wurden für die Besucher des Rennmums um 33 1/2 Prozent herabgesetzt. Wenn Arbeiter Ermäßigung haben wollen, weil sie so wenig verdienen, dann gibt es lange Verhandlungen! Aber lassen wir diese Kritik und bleiben wir lieber bei dieser Mißgeburt von Sport und Geschäft. Ein Geschäft ist es sicher, der Sport ist nicht sicher. Die Eintrittspreise sind unverschämte teuer. Und die Dummen, die doch hingehen, (es sind meist Proleten) fallen auf diesen Schwindel herein und zahlen für eine Nacht 2,50 Mark. Es haben sich auf der Galerie Sprechchöre gebildet. Der eine schreit: „Wo bleibt der billige Preis?“ Aber die Sprechchöre rufen auch andere schöne Sachen. Die Zuschauer sind schon so verzogen, daß es ihnen gar nicht einfällt, einmal zu schreiben, wenn auf der Rennbahn sich allerhand Unsportliches ereignet. Im Gegenteil, gerade an der Hatz und an dem Durcheinander haben sie eine unbändige Freude und blutrünstige Lust. Eine Nacht ohne ordentlichen Krach ist verfehlt. Beim Stierkampf in Spanien sind die Menschen nicht besser und tierischer!

Proletariat! Boykottiert solche Veranstaltungen wie Boxkampf, Marathontanz, Sechstagerennen, und wie sich diese zweifelhaften Dinge sonst nennen mögen! Gebt den Geschäftemachern die richtige Antwort!

O. K.

unseres Gemütes vielleicht nachdrücklicher gewesen.

### Frankfurter Schauspielhaus

Wir verweisen noch auf die ausgezeichnete „Wallenstein“-Inszenierung von Intendant Kronacher im Frankfurter Schauspielhaus. Wer es ermöglichen kann, möge sie sich ansehen. Man findet selten das durch die Jahrhunderte Packende und Große Schillers so glücklich herausgearbeitet. Der große Abend des Schauspielhauses. W. H.

### Frankfurt a. M.

Wie der Gesundheitszustand der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger zugrunde gerichtet wird. Von einem Wohlfahrtsunterstützungsempfänger wird uns geschrieben: Die städtischen Körperschaften wirken dahin, daß die AOK, die Allgemeine Ortskrankenkasse, noch mehr Mitglieder entzogen bekommt, als es durch die Krise ohnedies schon geschieht. Die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger werden aufgefordert, aus der AOK auszutreten. Gewissenhafte Pfleger setzten sich dagegen zur Wehr. Daraufhin wurde bekanntgegeben, daß diejenigen Unterstützungsempfänger, welche häufig krank sind, in der AOK verbleiben können und ihre Beiträge vom Wohlfahrtsamt bezahlt erhalten, diejenigen aber, welche die AOK nicht oder nur sehr wenig in Anspruch nehmen, bekommen keine Beiträge mehr bezahlt, und werden aufgefordert, ihre Mitgliedschaft zu lösen. Wenn die Kasse nur noch Mitglieder haben soll, die recht viel Ansprüche an die Kasse stellen, und die gesunden Mitglieder zwangsweise ferngehalten werden, so kann sie nicht leistungsfähig bleiben, sondern muß mit allem zurückgehen. Den Einwänden gegen die Anordnungen der Stadt wurde entgegengehalten, daß die erkrankten Wohlfahrtsunterstützungsempfänger im Krankheitsfall Arzt und Heilmittel durch die Kreisstelle erhielten; sie stünden sich dadurch noch besser. Aber jede von der Stadt erhaltene Wohlfahrtsunterstützung muß bekanntlich zurückgezahlt werden, und so erhöht sich durch die Handlungsweise der Stadt das Konto des Unterstützungsempfängers. Berechnet man nur die Kosten einer einmaligen Krankenhausbehandlung für eine Person für eine Zeit von 14 bis 16 Tagen (180 bis 200 Mark), so kann man erkennen, wie durch diese Maßnahmen ein Familienkonto auf der Kreisstelle in die Höhe getrieben wird. Hier Abhilfe und Wandel zu schaffen, müßte die erste Aufgabe der sozialistischen Stadtverordneten sein. Auch mit der Ausgabe von Bezahlkarten für verbilligte Kartoffeln und Kohlen hat es seine Bewandnis. Die meisten Wohlfahrtsunterstützungsempfänger erhalten ihre Unterstützung in drei Raten. Die Pfleger sind angewiesen, die Brandbeihilfe auch in drei Raten auszusahlen, also pro Rate 1.— Mark. Die Unterstützungsempfänger werden so gezwungen, ihre Kohlen in kleinen Mengen einzuholen und bekommen sie dadurch nicht verbilligt. Ebenso ist es mit den Kartoffelscheinen. In den meisten Fällen werden die Unterstützungsempfänger abgewiesen und man sagt ihnen: „Was sollen wir denn mit diesen Scheinen machen?“ Hier versagte die Organisation vollständig. Anders ist es mit den Fleischscheinen. Die Fleischlieferung hat ihren Mitgliedern Aushängeschilder gegeben auf denen zu lesen ist, daß die Karten für verbilligtes Fleisch angenommen werden. Aber auch hier hat ein ganz gewissenhafter Beamter schon wieder entdeckt, daß mit den ausgegebenen Fleischkarten ein schwunghafter Handel getrieben würde. Zur Rede gestellt, sagte er, daß diejenigen, welche an der Wohl-

fahrtsspeisung teilnehmen, gar keine Verwendung für die Scheine hätten, und sie würden sie deshalb verkaufen. Trotzdem dem Beamten klar gemacht wurde, daß für die Woche ja nur ein Schein für ein Pfund frisches Fleisch ausgegeben werde und es Sonntags kein Essen in den Küchen gibt, also der Empfänger den Schein dringend für den Sonntag braucht, gab es die letzten Scheine beinahe verspätet.

### Offenbach a. M.

Heiteres und Ernstes von der „Eisernen Front“. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, ist eingetroffen, was den SPD-Bürokraten von unseren Genossen prophezeit worden ist: Die Arbeiterschaft in den Betrieben hat dem Aufruf zur Bildung der „Eisernen Front“ in Offenbach die kalte Schulter gezeigt. Das Ergebnis an freiwillig ausgefüllten und abgegebenen Fragebogen aus politisch und gewerkschaftlich gut organisierten Betrieben ist gleich Null. Noch nicht einmal sämtliche SPD-Genossen machen diesen aufgelegten Schwindel zur Vertuschung der schwer belasteten politischen Vergangenheit mit. Das ist die richtige Antwort an die Leute um Ernst und Weber, die nach ihrer eigenen Erklärung nicht mit der Arbeiterschaft gegen den kapitalistischen Staat und seine Beauftragten, sondern gegen die Diktatur von rechts oder links kämpfen wollen, angeblich zur Erhaltung der Republik und der Demokratie, die ihnen ja so schöne Positionen gebracht hat. Nun will man sich durch Hausagitation aus der Verlegenheit helfen. Die stolze „Eiserne Front“ geht betteln! Mit allen rhetorischen Künsten, die den Akteuren zur Verfügung stehen, versucht man, den Proleten in ihrer Wohnung plausibel zu machen, daß sie noch einmal Vertrauen zu denen haben sollen, die mit ihrem Vertrauen solange Schindluder getrieben haben. Dabei wagt man es sogar, bei SAP- und KPO-Genossen vorzusprechen. Wir warnen unsere Genossen vor der Teilnahme an Aktionen der „Eisernen Front“, solange man dort mit uns als Partei die Einheitsfront auf proletarisch-revolutionärer Grundlage ablehnt. Andere Methoden zur Stärkung der „Eisernen“ bedient sich das hiesige Reichsbanner. In der Jahresversammlung wurden 4 Mitglieder, darunter 3 der aktivsten, ausgeschlossen, angeblich wegen unzuverlässiger republikanischer Gesinnung. Mit der scheint es im Reichsbanner überhaupt stark bergab zu gehen; denn in der gleichen Versammlung hat man auch 60 blaue Schirmmützen mit neuen Kokarden gratis verteilt. Scheinbar will man den erwerbslosen Reichsbannerkameraden, die vielleicht durch ihren knurrenden Magen in eine gefährliche revolutionäre Stimmung versetzt werden könnten, immer wieder durch die republikanische Kopfbekleidung die nötige demokratische Erkenntnis zum weiteren Durchhalten vermitteln. Aus dieser Versammlung wird uns weiter bekannt, daß dort einige Führer gewählt worden sind, über deren persönliche Qualifikationen uns durch sichere Gewährsmänner mitgeteilt wird, daß der eine, wenn er sich an einen Ausmarsch beteiligen will, von seiner Frau eingeschlossen wird, damit er den Nazis nicht in die Finger fällt. Er befindet sich aber sonst in einer sehr guten Stellung und ist deshalb ein sehr guter Republikaner. Ein anderer soll, als ihm einmal von einem verbotenen Transport Nazis im geschlossenen Möbelwagen berichtet wurde, einem Sturmtruppenführer des RB gegenüber geäußert haben: „Ach, laß sie doch fahren!“ Der brave Albert glaubte damals sicher, er solle den Transport persönlich verhindern helfen. Und im „Offenbacher Abendblatt“ schrieb er nach der letzten Mitgliederversammlung der SPD, in der etwa 12—15 Prozent

der Mitglieder anwesend waren, in Balkenschrift: „Schritt gefaßt — sie steht — die „Eiserne Front.“ Hoffentlich wankt sie nicht, wenn der brave Kamerad „Wichtig“ bei Alarm, wie beim letzten Wahlabend, seine Kameraden im Stich läßt, weil er dringend nach Hause muß. Wir glauben nicht, daß sich das Proletariat in seiner Schicksalsstunde auf Leute verlass kann wie Alfred Rochlitzer, der — das beweist seine Vergangenheit — immer bei der Partei sein wird, die den größten Einfluß auf die Personalpolitik des Offenbacher Arbeitsamts und auf die Stadtverwaltung hat, und wenn er gegenwärtig noch so sehr in „Eiserner Front“ macht. Wie schrieb doch die Genossin Anna Siemsen: „Wenn man halt Teutone ist, will man halt Teutone bleiben bis an sein kühles Grab!“

### Ingelheim

Auch „Eiserne Front“. SAP-Genosse Hassemer vertrat bei einer Sitzung der Eisernen Front den Standpunkt, daß für ihn als Gewerkschafter und SAP-Mitglied nur eine Einheitsfront der Arbeiterklasse in Frage komme. Nicht mit Staatsparteilern, Zentrümlern, republikanischen Freunden und Arbeitgeberbildern eine Front, sondern Klasse gegen Klasse. Faschisten seien neben Nationalsozialisten alle, die das halbfaschistische System tolerierten. Nicht Stützung des heutigen Staates, sondern Eroberung der politischen Macht durch die sozialistische Revolution sei unser Ziel. Auch andere Delegierte äußerten sich ähnlich, so daß man sich ergebnislos trennte, d. h. 12 Genossen verließen das Lokal, die restlichen 14 Delegierten berieten bis 1 Uhr mit dem Ergebnis, noch andere Delegierte zu laden. Nun lud die SAP über dieses Thema zu einer öffentlichen Versammlung ein und schickte allen diesen Organisationen, auch der SPD und KPD, eine Einladung. Nachmittags prangte in dem bürgerlichen Ortsblätchen folgende Erklärung des SPD-Ortsvorstandes Ober- und Nieder-Ingelheim: „Die Sozialdemokratische Partei lehnt es ab, einen Diskussionsredner in die Versammlung der SAP zu senden, da vom Reichsbanner, SPD, freien Gewerkschaften und freien Vereinen bereits eine Einheitsfront gegen den Faschismus gebildet ist.“ Dazu noch im lokalen Teil nach derselben Begründung: „Nach Beendigung der Vorarbeiten wird dann die „Eiserne Front“ auch in Ingelheim an die Öffentlichkeit treten. Nicht Zersplitterung, nur Zusammenschluß kann die Parole sein.“ Stellt sich dieser Genosse so naiv, oder faßt er die „Einheitsfront der Eisernen“ so auf, daß man vor die Öffentlichkeit treten und jede Diskussion ausschließen will? Trotzdem vertrat Genosse Othof, Mainz, vor einer gut besuchten Versammlung den Standpunkt der SAP zur Einheitsfront des gesamten Proletariats. In der Diskussion sprach sehr sachlich von der KPD Genosse Neubäcker, Mainz. Als rote Einheitsfront des Proletariats konnte er sich natürlich diese nur unter KPD-Führung denken. Genosse Othof wies im Schlußwort die Apparatpolitik sowohl der SPD wie der KPD zurück. Die Einheitsfront sei nur erfolgreich durch Zusammenarbeiten aller Organisationen, vor allem der Gewerkschaften. Gelingen der SAP deren Revolutionierung, so sei schon allein dadurch die Existenz der SAP gerechtfertigt. Er forderte die Anwesenden auf, überall in Betrieben und Versammlungen die Illusion der „Eisernen Front“ zu zerstören und für die wahre Klassenfront der Arbeiterschaft zu wirken.

### Düsseldorf

Die Jahresvertreterversammlung des DMV stand im Zeichen wachsender Opposition der Düsseldorfer Metallarbeiter. Zwar ist es der Bürokratie noch einmal gelungen, mit einer brutalen Versammlungsdictatur das schwankende Schiffelein in den ruhigen Hafen der eisernen Front zu steuern. Anträge der Opposition kamen nicht zur Abstimmung, die Wortmeldungen unserer Genossen wurden einfach zurückgestellt. Obwohl festgestellt wurde, daß sich Genossen der Opposition als erste zu Wort gemeldet hatten, standen sie auf der Rednerliste an 17. und 18. Stelle. Zur Durchführung dieser Versammlungsmethoden hatte am Freitag eine Fraktionsversammlung der SPD-Metallarbeiter stattgefunden, in der dieses Vorgehen beschlossen wurde. Der Bevollmächtigte Krämer mußte in der Vertreterversammlung selbst zugeben, daß den Teilnehmern dieser Fraktionsitzung eine Entscheidung gezahlt worden ist. (Vielleicht sind es die DMV-Angestellten selbst, die diese Vergütung für ihre Stimmchäfen aufbringen.) Der Geschäftsbericht war ein maßloses Geschimpf auf die RGO, womit natürlich auch unsere Oppositionsarbeit getroffen werden sollte. Leider macht es die RGO-Politik den reformistischen Führern leicht, in so gehässiger Weise gegen die Opposition vorzugehen. In der Aussprache kam nur Genosse Wirkus (KPO) als Oppositionsredner zu Wort. Der Antrag, die SAZ mit Bekanntmachungen des Verbandes zu beliefern, wurde abgelehnt. Ein Antrag, das Ortsstatut dahin abzuändern, daß auch die erwerbslosen Genossen die Möglichkeit haben, an den Vertreterwahlen teilzunehmen, brachte Krämer nicht zur Abstimmung, da nach seiner Auffassung der Antrag nicht zur Tagesordnung gehörte. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung machte die KPD noch eigene Vorschläge und erleichterte so den Reformisten den Wahlerfolg. Die Wahl des H. Bevollmächtigten brachte für den SPD-Vertreter Hauptmann 137 und für den Vertreter der Opposition Genossen Wirkus 67 Stimmen. Die übrigen Stimmresultate für Beisitzer und Revisoren standen im gleichen Verhältnis. Die KPD-Vertreter vereinigten 23 Stimmen auf sich. Die bereits in diesem Monat stattfindenden Vertreterwahlen müssen uns auf dem Posten finden, hier gilt es, unseren Einfluß zu erweitern.

# Sportschau der SAZ

T.G.-Erfurt 1-T.G.-Erfurt II 4:1. — Altenburg: Meuselwitz—Zeitz 16:5; Rositz—Rasberg 3:9; Zipsendorf—Spora 3:1; Meuselwitz II—Zeitz II 4:4; Meuselwitz Jgd.—Zeitz Jgd. 9:0; Rositz II—Rasberg II 4:5. — Salungen: Michla—Cruzbürg 4:0.

## Sport in der Reichshauptstadt

### Arbeiter-Boxkämpfe

Der Kreismeister des Arbeiter-Athleten-Bundes, die Sportliche Vereinigung Lichtenberg-Friedrichsfelde, veranstaltet am Freitag, dem 5. Februar, abends 8 Uhr, in der Turnhalle Bromberger Str. 14, Boxkämpfe, an denen Sportler aus den Vereinen Lichtenberg, Tegel, Alt-Weidling und Rosenthal teilnehmen. Im Fliegengewicht wird Thoms-Rosenthal auf den äußerst starken Cloger-LF treffen; der Kampf dürfte mit einem Siege enden. Im Federgewicht kommen die beiden Besten des Kreises, Lorke-Luckenwisch und Hennoberg-LF, aneinander. Im Leichtgewicht wird laut die Paarung Krüger-Rosenthal gegen Manku-LF, laut die Paarung Bucca-LF. Die Weltgewicht- und Falkenberg-K gegen Borlik-LF. Das Schwergewicht sieht die Auseinandersetzung zwischen Molinski und Buchholz (beide von Lichtenberg-Friedrichsfelde) und Kämpfe zwischen Zargel-R und Sobke-LF, Rogge-AW und Faulhaber-LF, Munter-AW und Zeuge-LF. Im Mittelgewicht kämpfen Gerlicher-AW gegen Peter LF und George-R gegen Borlik-LF. Das Schwergewicht ist durch Reimers-AW und John-LF vertreten. Die Eintrittspreise betragen für Erwerblos 0,25 Mark und für in Beschäftigung stehende 0,50 Mark.

### Ergebnisse der Volkssport-Rasenspiele

Neukölln 1. Handball-Minnerschaft konnte am Sonntag für die in der Vorrunde erlittene Niederlage Revanche nehmen; Oberspre 1 wurde 8:1 verdient geschlagen. Die 1. Frauen gewannen gegen Butab 3:2. Serienspieler der 2. Männer gegen Süden II verloren die Neuköllner 4:2, trotz einiger Überlegenheit im Feldspiel. Unentschieden endete das Spiel gegen die 3. Männer gegen Lankwitz II (3:3). Vize-Bezirksnachwuchs 1. Schüler gewannen gegen Luckenwalde 1. Sch. nach sehenswertem Kampfe 1:0. Die 1. Jugend lief 1:0. Die 1. Hockeyll spielte gegen Tempelhof I nur 2:2. Die 1. Fußballer konnten den Kreisklassenverein Butab I 3:2 bezwingen. Weiter so. Die 2. Männer gelang es, Butab II 10:1 zu schlagen.

### Leichtathletischer Freundschaftskampf in Neukölln

Am Mittwoch, dem 3. Februar, findet in der Turnhalle Weisstraße in Neukölln ein leichtathletischer Wettkampf zwischen dem Arbeiter-Sportverein Neukölln und Volkssport-Neukölln statt. Da beide Vereine über gute Leichtathleten verfügen, wird mit spannenden Kämpfen zu rechnen sein. Beginn 20 Uhr, Eintritt frei.

### Kleine Sportnachrichten

V.L.L. „Ostling“ e.V.: Das Training ist wieder regelmäßig jeden Dienstag und Freitag von 19.30—21.30 Uhr, in der Schule Lichtenberg-Parkane. Zur Vorvollständigung der Spielmannschaften (Handball und Hockey) können sich noch Interessenten auf der Halle oder beim Gen. W. Traxel, O. 112, Kronprinzstr. 27/28, melden. Die erwerblosen Genossen wollen sich zwecks eines gemeinsamen Vormittagstrainings im Lichtenberger Stadion beim Gen. W. Traxel melden.

Freie Fallbootsfahrer Berlin e.V.: Zusammenkünfte Donnerstag, den 4. Februar, 20 Uhr, Gruppe Norden: Willdanowstr. 3, Zimmer 3. Lichtbilder Vortrag: „Als Arbeiter nach Amerika“, Gruppe Südosten: Große Frankfurter Straße 18, Zimmer 5, Epi-Vortrag: „Adamsort“, Bilder ohne Worte, „Der F.F.B.“ in der „Kartatur“, dazu Unterhaltungsmusik. — Gruppe Nordosten: Christburger Str. 13, Neuwahlen — Gleichgesinnte Gäste gern willkommen.

A.S.C. (Verein f. Leichtathletik, Handball, Hockey), Nächste Monatsversammlung Montag, Mittwoch, den 3. Februar 1932, Jugendheim, Neukölln, Bergstr. 20, Raum 4. — Trainingsabende für Männer und Jugend: Dienstags ab 8 Uhr, Neukölln, Weisstr. 20; Freitags Treptow, Neue Krug-Allee 10, Turnhalle, Realgymnasium am Treptower Rathaus. — Frauen: Donnerstags ab 8 Uhr, Neukölln, Weisstr. 20.

„Freie Turnerschaft“, e. V., Heidenau, Freitag, den 5. Februar 1932, abends 8 Uhr, im Sportheim, Turnstättung Alle dazu berufenen Genossen und Genossinnen haben pünktlich zu erscheinen.

### Organisationsnachrichten

**SAP**  
Bezirksverband Berlin: Groß-Berliner Funktionärsvorstellung im Orpheum, Hasenühl 32/33, Eingang Gräferstr., Donnerstag, 4. Februar, 20 Uhr, Pflichtveranstaltung, Eintritt nur gegen Funktionärausweis und Mitgliedsbuch.  
Ortsgruppe Charlottenburg: Alle erwerblosen Genossen kommen Donnerstag, 4. Februar, mittags 12 Uhr, im Lokal Grüning, Fritzschestr. 45, Ecke Pestalozzistr., zusammen. Erscheinen aller erwerblosen Genossen ist Pflicht.  
Ortsgruppe Friedrichshagen: Komb. Funktionärsitzung Freitag, 5. Februar, 20 Uhr, im Lokal Bromberger Str. 12.  
Ortsgruppe Kreuzberg: Vorstandssitzung fällt aus.  
Ortsgruppe Brandenburg a. H.: Donnerstag, 20 Uhr, bei Müller, Maecherstr. 3, Frauenarbeitskreis: „Die Stellung der Frau im Arbeitsleben.“

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Roland Beutner; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m.B.H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. „SAZ“ Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags.  
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2904.  
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel.: Kupfergraben E 2 2905.  
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM — 36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.30 Porto.  
Inseratpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.  
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. B. H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 153 928.

### Waldlauf im Plänterwald

Am Sonntag, dem 14. Februar, setzt der VfL Ostling seine Waldlaufserie fort. Um 15 Uhr erfolgt der Start der ersten Gruppe, der Sprinter, über 1000 Meter. Dann folgen in kurzen Abständen die Sportlerinnen, die Altersportler, Jugend und Sportler. Start, Ziel und Umkleidelokal ist wieder „Altes Eierhäuschen“, Inh. A. Bieler.

In der Ausschreibung ist auch wieder die Waldstafette enthalten, die beim letzten Lauf allgemeinen Anklang fand. Der Wechsel ist dicht am Lokal gelegen, so daß es möglich ist, das Rennen in dauernder Kontrolle zu haben. Bei den Läufen der Sportlerinnen ist gleichfalls größeres Interesse als früher vorhanden, so daß auch hier ein stattliches Feld am Ablauf sein wird. Für die Lungstreckler ist der 6000-m-Lauf enthalten. Es ist also auch dem Langstrecken-Nachwuchs Gelegenheit zur Betätigung gegeben. Den Abschluß der Veranstaltung bildet wieder das gemütliche Beisammensein im „Alten Eierhäuschen“. Gäste und Freunde des Arbeitersports sind herzlich willkommen. Ek.

### Mit Diktatur für Demokratie

Wie Vertrauenskundgebungen für die „Eiserne Front“ hergestellt werden, konnte man in der Sportko teilversammlung des Berliner Bezirks Kreuzberg erleben. Zunächst waren in dem großen Raum, der 600 bis 800 Personen faßt, kaum 180 da, und von diesen 180 waren im ganzen nur 40 bis 50 Sportler da, die anderen gehörten dem Reichsbanner und der SAJ an und waren anscheinend zum Erscheinen kommandiert. In der Abwicklung der umfangreichen „Tagesordnung“ wurde zweifellos ein Schnelllebensrekord geschlagen, in kaum 3/4 Stunden war alles abgewickelt inklusive der Klagerede, die der SPD-Beauftragte Barthel für die „Eiserne Front“ an den Mann brachte. Diskussion? Überflüssig! Der Kartellvorsitzende erklärte, die Leitung hätte sich ja entschieden für die „Eiserne Front“, da könnten sich die Mitglieder die Diskussion ersparen. Richtig, denn was haben die Mitglieder da schon zu melden, durchhalten und Maul halten ist die Parole. Und so war der Eindruck: Angebetet fühlen sich alle, keiner war begeistert von dem Theater, das da vorgemacht wurde.

Aber es ist doch ein Widerspruch bei dem Eisernen-Front-Theater. Man will die Diktatur im Reiche vermeiden und führt sie in den eigenen Reihen ein. Wenn das man geht...

### Sachsen-Sport Fußball in Heidenau

Das Spiel Heidenau I—Eintracht I (Abteilungsmeister), das Heidenau mit 5:2 (4:2) gewann, war — in seiner zweiten Hälfte wenigstens — nicht so wie Spiele von Arbeitersportlern sein sollen. Sehr hart wurde gespielt und Schiedsrichter und Publikum wurden nervös. — Der Bezirksmeister Potschappel gewann gegen Heidenau 13:1 (2:1) verdient.

In Pirna zeigten der Bezirksmeister Heidenau I und Pirna I vor stattlicher Zuschauerzahl ein an Kampfmomenten reiches Spiel. Flüssige Kombination des Sturms stellte Heidenau den Sieg sicher.

### Aus Südwestsachsen Der Handballsport im Zwickauer Kohlenbecken.

brachte auch am Sonntag wieder einige interessante Treffen. Einen äußerst spannenden Kampf gegen Planitz I entschieden die Zwickauer mit 6:9 für sich. Sie bewiesen

damit, daß ihre Mannschaft gute Fortschritte gemacht hat. Planitz hatte insofern Unglück, als ihr Halbrechter wegen einer alten Verletzung ausscheiden mußte. Die Zwickauer drückten unermüdet auf Tempo und glichen dadurch die technischen Vorteile der Planitzer aus. Der Halbzeitstand war 2:6. — Daß ein großer Torvorsprung bis zur Halbzeit noch lange kein Sieg ist, bewies das Spiel Wilkau I gegen Turner Crimmitschau I (10:8). Wilkau fand sich lange nicht zusammen und die Gäste führten bereits 6:0. Erst kurz vor Wechsel glückten den Wilkauern zwei Tore, Halbzeit 2:7. Nach der Pause legten die Platzbesitzer aber ein ungeheures Tempo vor, und unter dem Jubel der Zuschauer wurde der Torunterschied immer geringer, bis Ausgleich und Führung erzielt waren. — Von Cainsdorf I hätte man doch mehr erwartet. Niederhafflau gewann 2:5; die Mannschaft scheint sich wieder zu erholen. — Das Spiel Lichtenanne I gegen Reinsdorf I (2:3) fiel durch unnötige Härte auf. Anscheinend versuchte man mangelnde Technik durch Härte zu ersetzen. Das ist nicht schön. — Gleich spielstark zeigten sich Stöcken I und Werdau I. Daß Werdau mit 4:3 im Vorteil war, daran war nicht zuletzt der Ausschiedsrichter schuld. Der angesetzte hatte es vorgezogen, nicht zu erscheinen. Wehlen siegte gegen Zwickau III mit 5:4. — Schedewitz I wurde von Friedrichsgrün I unverstänlichweise im Stich gelassen. Solidarität!

2. Klasse. Wilkau II—Turner Crimmitschau II 3:1, Cainsdorf II—Niederhafflau II 3:1, Planitz II—Zwickau II 0:4.

Jugend: Wilkau—Crimmitschau III 3:2, Planitz—Zwickau 7:1, Cainsdorf—Niederhafflau 14:0.

### Boxen in Planitz

Bei den Boxkämpfen am 30. Januar im Volkshaus Planitz um die Bezirksmeisterschaft (Einzelmeisterschaft), stellte V.f.L. Planitz leider nur zwei Starter. Meier lieferte im ersten Kampf im Mittelgewicht gegen Neumerkel einen harten, lebhaften Kampf, den er leider in der 3. Runde durch k.o. verlor, trotzdem er nach Punkten im Vorteil war. Eine schöne Partie kämpfte Möckel im Fliegengewicht gegen Kammerer. Nach 3 Runden trennten sich beide unentschieden. Die zur Meisterschaft fällige Zusatzrunde konnte Kammerer ganz knapp für sich buchen. Möckel verspricht im Boxen noch gutes zu leisten.

### Thüringer Resultate Fußball

Bezirk Jena: Jena Ost—Gera Pforten 3:6. — Altenburg: Meuselwitz 1—Zeulau 5:3; Meuselwitz II—Rositz II 4:3; Meuselwitz III—Friesen-Altendorf II 3:1; Nolitz—Crottenleide 2:7; Nolitz II—Crottenleide II 5:1; Borna—Friesen 3:2; Thurn Jgd.—Friesen Jgd. 1:0; Thurn II—Röthlein I 3:3; Thurn II—Röthlein II 4:4; Götzitz II—Wintersdorf II 1:2; Zipsendorf I—Rehmsdorf I 3:0; Zipsendorf II—Rehmsdorf II 4:2; Zipsendorf III—Rehmsdorf III 4:1; Zipsendorf IV—Rehmsdorf IV 1:10; Zipsendorf Jgd.—Rehmsdorf Jgd. 1:1; Zipsendorf Schüler—Rehmsdorf Schüler 4:1. — Gera: Unterhau—Triebs 3:6; West—Zwätzen 6:2; Neustadt—Kahl 3:1. — Saalfeld: Sportfreunde Saalfeld—Königsen 1:4; Rudolphstadt—Strehna 2:2. — Erfurt: Stadtteamschaft Erfurt—Städtemannschaft Hünau 2:2; Stadtilm—Grüfenroda 6:2; Unterpöritz—Roda-Hünau 4:2. — Weidenfels: Teuchern—Theißen 1:3; Naundorf—Gera-Leumnitz 1:2; Gröben—Luckenau 8:1; Zeitz—Hohenmölsen 2:5. — Salungen: Tiefenort—F.S.V. Eisenach 1:0; Wildprechtroda—Schweina 2:3; Kloster Allendorf—Barchfeld 1:5.

Handball  
Gera: O.T.—Gera—Unterhau 0:6; Zwätzen—Ruditz 10:0. — Erfurt: Arnstadt—Freie Schwimmer Erfurt 6:4; Fr. Turner—Erfurt—Sömmerda 6:9;

## Wie sie die „eiserne Front“ schmieden

### „Heraus aus der SAP — oder du flegst aus dem Sportverein!“

Von einem unserer Genossen geht uns der Durchschlag eines Briefes, der blitzartig beleuchtet, welche Methoden die SPD gebraucht, um „die Sportler in die Eiserne Front einzureihen“. Wir wollen diesen Brief unseren Lesern und Sportgenossen nicht vorenthalten. Hier ist er:

Rudolf Herzfeld, Herford i. Westf. Friedrichstr. 13.

Herford, den 1. Februar 1932.  
An den Vorstand  
s Arbeiter-Turn- und Sportbundes,  
Leipzig S 3, Fichtestr. 36.

Werte Genossen!

Ich wende mich an Euch in einer Angelegenheit, die wegen ihrer grundlegenden Bedeutung, nicht allein für mich, sondern auch für den gesamten Arbeiter-Turn- und Sportbund, der unbedingten Klärung durch Euch bedarf.

Am Mittwoch, den 27. Januar, fand im Volkshaus zu Herford die übliche Monatsversammlung des „Freien Schwimm- und Sportvereins Einigkeit“, Herford statt. In dieser Versammlung hielt der Redakteur des hiesigen SPD-Blattes, völlig überraschend für die Mitglieder, ein Referat gegen die SAP. In der darauf folgenden Aussprache versuchte ich nach einigen allgemeinen, einleitenden Worten einzelne Entstellungen und Unwahrheiten des Redners zu berichtigen. Doch der Vorsitzende, Mitglied des hiesigen

SPD-Ortsverbandes ließ mich nicht ausreden und stellte mir schließlich ein Ultimatum. Er verlangte von mir meinen Austritt aus der SAP und Eintritt in die SPD, oder empfahl mir, politisch indifferent zu bleiben. Für meine Entscheidung billigte er mir eine Bedenkzeit von einem Monat zu. Da ich meine Ueberzeugung, um die Gunst einiger hoher Herren zu erlangen, nicht verschachere, lehnte ich dieses Ansinnen entschieden ab. Daraufhin wurde mit mitgeteilt, daß ich mich als ausgeschlossen zu betrachten hätte.

Begründet wurde der Ausschlußantrag damit, daß vor ungefähr 2 Jahren der Verein den Beschluß gefaßt hätte, wonach jedes Mitglied über 18 Jahre sich in der SPD organisieren müsse. Wenn dieser Beschluß für die Mitglieder Gültigkeit haben soll, so war es Pflicht des Vorstandes, jedes neu eintretende Mitglied von diesem Beschluß in Kenntnis zu setzen. Dieses ist bei meiner Aufnahme (auch bei allen anderen nicht) nicht geschehen. Auch späterhin wurde mir dieser Beschluß nicht unterbreitet. Andere Vorwürfe, die meinen Ausschluß rechtfertigen konnten, konnten gegen mich nicht erhoben werden. (Vereinschädigendes Verhalten, unehrenhaftes Benehmen an irgendeinem Ort oder zu irgendeiner Zeit, Rückstand der Beiträge oder Propaganda für die SAP innerhalb des Vereinsbetriebes.) Mitglied des Bundes bin ich unter Nr. 33 149 und 646 946 seit 1924 mit zweijähriger Unterbrechung.

Ich richte hiermit an Euch die Frage: Billigt Ihr das Verhalten des Vorstandes meines Vereins? Ich bitte Euch, seid Sozialisten und keine Bürokraten, und sagt mir nicht, ich wäre nicht den ordnungsgemäßen Instanzenweg über Bezirksrat und Kreisrat gegangen, sondern geht mir klare Antwort, wie es sich für Sozialisten und freie Sportler geziemt. Entscheidet, was für den ATuS der bessere Weg ist, Sozialisten, die Mitglieder der SAP sind, behalten oder Untoleranz gegen diese.

Eurer baldigen Antwort sehr ich gern entgegen.  
Frei Heil!

gez.: Rudolf Herzfeld.

Man ist mit Recht gespannt darauf, was der Bundesvorstand, als die allen Mitgliedern und der Arbeiterbewegung verantwortliche Instanz, gegen derartige bundesschädigende Maßnahmen zu tun gedenkt. Wir verlangen, daß er diese untoleranten Drahtzieher energisch zur Ordnung ruft.

**BESTELL-SCHEIN**

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch \_\_\_\_\_ Exemplar

**„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“**  
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: \_\_\_\_\_

Wohnort: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

monatlich ... 2,40 RM. inkl. Bestellgeb.  
wöchentlich ... 0,60 RM. inkl. Bestellgeb.  
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf.  
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.B.H. Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.

**Volksbühne**  
Tham u. Adlonstr.  
DL Norden 2945

**Der Gelangene**  
8 Uhr

**Rosa-Theater**  
Kraus Platz Nr. 132  
Tel.: 17 Weidm 3422

**Der Gefährdete**  
Donnerstag 8.18 Uhr

**Die Verlangene**  
Freie Verlangene m. B. L. Dia.-Tempelhof  
Kokenzollerkerke 67

**Wie kommen wir zum Sozialismus?**  
Diese Frage behandelt Max Adler (Wien) in der soeben herausgekommenen neuesten Nummer des „Klassenkampf“

Die Nummer enthält außerdem einen Beitrag über „Die Organisation der KPD“, „Vorschläge über unsere Arbeit unter den Erwerblosen“ und „Beiträge zur Diskussion über das Räte- und Währungsproblem“.

Der „Klassenkampf“ ist das theoretische Diskussionsorgan der SAP

Jeder Parteigenosse muß es lesen! Es muß hinein in die Massen!

Der „Klassenkampf“ kostet monatl. 45 Pf., vierteljährl. 1,35 RM. Bestellungen an unsere Vertriebsobjekte in den Ortsgruppenleitungen oder direkt an die

**Die Ente**  
Heute neue Nummer!



Aus dem Inhalt:  
Der Pfaffe und die Emental, Jungfrauen / Beamte mit Papierkräften / Hinter Redaktions Türen  
Sahm als Harun Al Raschid / Mussolinis Esel

11. Jahrgang  
10 Pfennig

Bei allen Zeitungshändlern Probenummern gratis vom Verlag der ENTE, Berlin W 30, Haberländerstr. 7

**Elsterberg**



Turnverein  
„Frisch-Auf“  
Elsterberg

Vom 6. bis 8. Februar  
**Beckler-Ausschüß** ab  
(Lengzold Glas 85 Pf.) Freitag:  
Anstich! Sonnabend, 6. Februar  
ab 19 Uhr **Veranstaltungszirkelchen**.  
Flotte Musik! Alle Mitglieder mit  
ihren Angehörigen laden wir hier-  
durch ein. **Der Vorstand u. Wit.**

**In Stralsund**

sind zu haben:

die „SAZ“, Sozialistische Arbeiterzeitung  
die Wochenzeitung „Das Kampfsignal“  
der „Rote Pionier“, Monatschrift des SJV  
d. „Klassenkampf“, Monatschrift d. SAP  
die „Roten Bücher“ und die vom Partei-  
vorstand der „Sozialistischen Arbeiter-Partei  
Deutschlands“ bisher herausgegebenen Bro-  
schüren: 1. Wer hat die Sozialdemokratie  
gespalten? 2. Was will die SAPD? 3. Die  
Tolerierungspolitik der SPD.

Täglich von 8—19 Uhr (Sonntags von 11—13 Uhr) am  
Zeitungsverkaufsstand Heigelstr. 22

Es werden auch zu jeder Zeit Abonnements  
bei freier Zustellung ins Haus angenommen

**Kampfsignal**  
erscheint morgen!

**Stärkt den**  
**Presselonds**

## Erregung im englischen Unterhaus

Lansbury fordert Aussprache über Schanghai

Der englische Außenminister gab im Unterhaus Erklärungen über die englische Politik in Ostasien, die Lage in Schanghai und die letzten Vermittlungsvorschläge der Mächte ab, die sich mit der Mitteilung des Ministers Thomas vor dem Völkerbundsrat decken.

Der Führer der Opposition, Lansbury, forderte eine Aussprache über die Lage in Schanghai. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, daß eine

Aussprache nicht tunlich sei. Es kam zu einem erregten Auftritt. Lansbury sprang auf und rief:

„Bis zu diesem Augenblick haben sich die Japaner eines internationalen Piratenkunststückchens schuldig gemacht.“

Seinen Worten folgte ungeheure Aufregung bei allen Abgeordneten. Der Sprecher erklärte Lansbury, daß derartige Äußerungen nicht über eine freundlich gesinnte Macht getan werden dürften. „Ich kenne meine Verantwortlichkeiten“, erwiderte Lansbury, worauf man ihn auf die bedenklichen Folgen seiner Worte auf das Ausland hinwies. Unter dem Beifall des Hauses wurde Lansbury zum Schweigen gebracht und zog seinen Antrag zurück.

Es scheint zu den Gepflogenheiten des englischen Parlaments zu gehören, daß über Themen nicht gesprochen werden darf, wenn es der jeweiligen Regierung un bequem ist. Wir erinnern daran, daß vor etwa anderthalb Jahren der Redner der englischen Unabhängigen, Fenner Brockway, aus dem Haus verbannt wurde, als er beharrlich eine Diskussion über Indien verlangte. Damals freilich vom Regierungschef MacDonald persönlich.

## Ein neuer Oberbefehlshaber der japanischen Streitmacht

Tokio, 3. Februar.

Das Marineministerium teilt die Bildung einer dritten japanischen Flotte unter dem Oberkommando von Konteradmiral Nomura, dem bisherigen Befehlshaber der Marinestation von Yokosuka, mit. Dem Kommando der neuen Flotte werden alle japanischen Flotten teile in den chinesischen Gewässern bei Schanghai und südlich von Schanghai unterstellt. Bisher bestanden nur zwei japanische Flotten und verschiedene kleinere Formationen. Die Ernennung Nomuras ist gleichbedeutend mit der Entsetzung des bisherigen japanischen Befehlshabers in Schanghai, Admirals Schiosawa.

Die Nachricht von der Ersetzung Schiosawas durch Konteradmiral Nomura ist in der internationalen Niederlassung in Schanghai günstig aufgenommen worden. Die Maßnahme wird als ein bedeutsamer Schritt der japanischen Regierung zu einer gütlichen Beilegung des Schanghaier Zwischenfalls aufgefaßt. (Was durch das neue Bombardement treffend illustriert wird. Red.)

## Truppenlandung in Kanton

Nach einer Meldung der Telegraphenagentur der Sowjetunion wurden am Montag in Kanton 600 japanische Matrosen ans Land gesetzt. Die Matrosen übernahmen sofort die Bewachung des japanischen Konsulats und der anderen Staatsgebäude.

## Die ersten Opfer von Ecuador

46 Tote, viele Verwundete

TU. New York, 2. Februar.

Wie aus Guayaquil in Ecuador gemeldet wird, ist es zwischen Regierungstruppen und Aufständischen in der Provinz Carchi zu einem Kampf gekommen. Die Aufständischen hatten 41, und die Regierungstruppen 5 Tote zu verzeichnen. Außerdem blieben viele Verwundete auf dem Kampffeld. Der vorläufige Präsident Moreno hat vom Staatsrat Sondervollmachten zur Unterdrückung des Aufstandes erhalten. Man befürchtet, daß die Bewegung um sich greifen wird. In der Hauptstadt ist bisher noch alles ruhig.

## Unruhen in Kaschmir

Einmarsch britischer Truppen

Aus Bombay wird gemeldet: Berichte aus Kaschmir deuten darauf hin, daß dort ein ernster Aufstand ausgebrochen ist. Britische Truppen sind gestern wieder in Kaschmir einmarschiert, um wichtige Kanalwerke im Mirpurbezirk von Jammu zu schützen, wo Unruhen herrschen. Man nimmt aber an, daß die Entsendung dieser Truppen vor allem auf einen Notschrei des Maharadscha Sir Hari Singh hin erfolgt ist. Mehrere Tausend mit Geschützen und Gewehren bewaffnete Aufständische scheinen die Stadt Kotli belagert zu haben. Ein Hindutempel und eine Genossenschaftsbank sind geplündert und eingäschert worden. Auch die Stadt Mirpur ist eine Nacht lang belagert worden. Drei Postämter wurden geplündert und in Asche gelegt.

Hindenburg spendet. Reichspräsident v. Hindenburg hat 100 000 Mark gespendet, und zwar für den Wiederaufbau des alten, vor kurzem abgebrannten Schlosses in Stuttgart.

# Im Kreuzfeuer

Die Presse zur Henderson-Rede

## Deutsche Einheitsfront

Die ersten Kommentare der Berliner Presse zu Hendersons Rede in der Eröffnungssitzung der Abrüstungskonferenz klingen nicht sehr ermutigend für die Aussichten dieser Konferenz.

Die „Welt am Abend“ meint:

„Diese ganze Abrüstungskonferenz beginnt wie eine Faschingskomödie. Es ist Mummenschanz, was da in der Schweiz veranstaltet wird. Die Herren vermummen sich in den Frack der Abrüstung. . . Ihr Ballgeflüster wird übertönt vom Säusen der Granaten, vom Surren der Bombenflugzeug-Propeller, vom Heulen der Sirenen, welche die Schlachten in Schanghai und Charbin begleiten. . .“

Der „Vorwärts“ ist verhältnismäßig zuversichtlich. Er begleitet in seiner Morgenausgabe den Bericht von der Eröffnungskonferenz mit den Worten:

„Die kurz vorher erfolgte Dämpfung des japanischen Angriffsgeistes durch den Verlauf der Ratssitzung unterstrich die feierliche Stimmung. Allgemein wurde das Ergebnis dieser Ratssitzung als ein günstiger Auftakt für die Konferenz bewertet, gegen die seit Wochen ein immer stärkeres Trommelfeuer von Kriegshetzern und Falschmeldungen vorgenommen worden ist.“

In der Spätausgabe des „Vorwärts“ aber findet sich kein Wort des Kommentars.

Unter der Überschrift „Der rechte Weg“ vertritt im „Berliner Tageblatt“ dessen Auslandsredakteur Schwab die offizielle These Brünings.

„Deutschland hat ungeheures Unrecht erlitten. Es ist ihm gerade von denjenigen, die immer den Grundsatz von der „Heiligkeit der Verträge“ verkünden, sobald es sich um die Erfüllung der gemeinsam unterschriebenen Abrüstungsabmachungen handelt, die bitterste Unbill geschehen. Man wird es uns nicht verübeln können, Erbitterung darüber auf der Konferenz zum Ausdruck zu bringen. Aber diese seelische Belastung, die sich die andern zum Vorwurf machen mögen, darf und wird uns nicht abhalten, jeden Augenblick dessen eingedenk zu sein, daß wir als die Mitarbeiter an einem in die Zukunft weisenden Menschheitswerk in Genf erschienen sind. In diesem Geist werden wir uns ohne Vorbehalt auf den von dem Präsidenten der Konferenz gewiesenen Weg begeben, aber auch die vorbehaltlose Prüfung unserer Vorschläge, deren Gewicht niemand wird leugnen können, zu fordern haben.“

Die „Vossische Zeitung“ vermeidet noch jede Stellungnahme. Im Bericht ihres Genfer Korrespondenten, Julius Becker, wird nur nebenbei angedeutet, daß der Beifall, den die Rede Hendersons fand, wohl nicht verhindern werde, daß die Rede in der Generaldebatte wahrscheinlich mancher Kritik ausgesetzt sein werde.

Die „Berliner Börsenzeitung“ barmt:

„Solange es Deutschland verboten bleibt, sein Söldnerheer durch eine moderne Miliz zu ersetzen, wird man eine Rüstungsminderung auf dem einseitigen Weg einer Herabsetzung der Wehrausgaben ehrlicherweise gar nicht fordern können. Es ist bekannt, wie unverhältnismäßig teuer die Erhaltung der kleinen Reichswehr infolge der zahllosen, sinnlosen Einschränkungsbestimmungen ist.“

Diese ersten Kommentare lassen bereits die Einheitsfront der deutschen Presse hinter der Reichsregierung mit Händen greifen. Zwischen „Berliner Tageblatt“ auf der einen, der „Börsenzeitung“ auf der anderen Seite findet sich nur der eine Unterschied, daß das

demokratische Blatt nicht gleich so plump mit der Aufrüstungsforderung herauspoltert. Und für die Sozialdemokratie hat, nach Berichten der Parteipresse, der Abgeordnete Sollmann-Köln in Versammlungsreden, die er auf einer Tournee durch Holland hielt, die deutsche Forderung nach „Rüstungsgleichheit“ vertreten.

Der Reichskanzler kann mit dem Erfolg seiner monatlang mit der Presse durchgezogenen Drill-Übungen sehr zufrieden sein.

## Frankreich unzufrieden

Paris, 3. Februar.

Hendersons Rede wird von der französischen Presse mit ziemlich gemischten Gefühlen aufgenommen. Der „Petit Parisien“ erklärt: Die Ansprache ist einfach, geschickt und bezeugt den guten Willen eines Mannes, der alles hat vermeiden wollen, was irgendwelche Mitglieder der Konferenz hätte verstimmen können. Das Blatt ist zufrieden mit den Stellen der Rede Hendersons, in denen es eine Bestätigung der französischen These erblicken zu können glaubt, so mit der Anspielung auf die irregulären militärischen Verbände und die Abhängigkeit der einzelnen Rüstungsarten voneinander. Dagegen ist das offiziöse Blatt

unzufrieden, daß Henderson nicht die geringste Anspielung auf Sanktionen und gegenseitige Garantien gemacht habe. Frankreich sei der Ansicht, daß da eine

absichtliche Unterlassung

vorliege. Mit Bedauern stellt das Blatt weiter fest, daß Henderson erklärt habe, die Konferenz habe die Freiheit, irgendwelche andere Texte oder Vorschläge für einen Abkommensentwurf zu prüfen. Das solle anscheinend besagen, daß die

Konferenz nicht durch den Vorentwurf der Vorbereitenden Kommission gebunden

sei. Dank dieser offengelassenen Tür könne beispielsweise Litwinoff morgen seinen Plan, sämtliche Rüstungsarten um 50 oder 25 Prozent herabzusetzen, wieder aufnehmen und General Groener könnte den deutschen Vorschlag hinsichtlich der ausgebildeten Reserven und des eingelagerten Kriegsmaterials wieder hervorholen.

Das Journalist ebenfalls mit Henderson unzufrieden. Er habe, sagt es,

alles auf den Kopf gestellt;

er wolle mit der Abrüstung beginnen und der Sicherheit enden, während die These lauten müsse: Zunächst Organisation der Sicherheit, da die Lage der Abrüstung bleiben müsse.

## England skeptisch

London, 3. Februar.

Die Zusammenkunft der Vertreter von 1700 000 000 Menschen in Genf zur Inangriffnahme der Abrüstung wird heute von den Londoner Blättern in Leitartikeln besprochen. „Times“, die einige spitzige Bemerkungen über Hendersons Eröffnungsrede macht, beurteilt die Aussichten der Konferenz bemerkenswert skeptisch. Das Blatt sagt, die Konferenz hätte kaum in einem ungünstigeren Zeitpunkt zusammentreten können. Die rechtskonservative „Morning Post“ drückt ironisch die Hoffnung aus, daß die Konferenz in Genf weniger kostspielig als ein Krieg sein werde, bezweifelt aber, daß sie imstande sein werde, einen Ersatz für die hergebrachten Methoden zu finden, mit denen der Friede in dieser unvollkommenen Welt bisher aufrechterhalten worden sei.

zwei Jahren bestraft werden. Nur für Buschmann wurde die Freisprechung beantragt.

## Grüne Woche



„Na, Onkelchen, wie wär's mit ein bißchen Osthilfe?“

## Klassenjustiz!

Todesurteile gegen Kommunisten beantragt

Essen, 3. Februar.

Im Mordprozeß gegen die zwölf Kommunisten, die eine geheime Gruppe zum Zwecke der Erschießung politischer Gegner gebildet haben sollen, beantragte heute der Staatsanwalt gegen die vier Hauptangeklagten Zingel, Wolff, Verseck und Schuler die

Todesstrafe,

da sie sich des überlegten und vorsätzlichen Mordes schuldig gemacht hätten. Gegen den Führer des Geheimbundes Heidt, dem eine Anstiftung zu der fraglichen Mordtat nicht nachgewiesen werden könne, beantragte der Vertreter der Anklage wegen Geheimbündelei und verschiedener Vergehen gegen das Waffengesetz eine Gesamtstrafe von vier Jahren Gefängnis.

Der Angeklagte Natrup, der von dem Ueberfall ebenso gewußt habe, wie der Angeklagte Günther, soll zu zwei Jahren sechs Monaten (er ist noch nicht strafmündig), letzterer wegen Mordbeihilfe und Waffenvergehens zu einer Gesamtzuchthausstrafe von vier Jahren drei Monaten verurteilt werden. Die übrigen Angeklagten, die nicht an der Tat beteiligt gewesen seien, sollen mit Gefängnis von fünf Monaten bis zu

## 1000 Arbeiter auf die Straße gesetzt

Neue Entlassung bei Krupp

Dortmund, 3. Februar.

Die Kruppsche Verwaltung der Zechen „Hannover“ und „Hannibal“ zeigt die Stilllegung des gesamten Tagesbetriebs der Zeche „Hannover 34“ in Wattenscheid-Guennigfeld an. Zur Entlassung kommen 190 Arbeiter und sechs Angestellte.

Die Vereinigten Stahlwerke, Bergbaugruppe Bochum, zeigen Betriebseinschränkungen auf der Zeche „Friedlicher Nachbar“ in Bochum an. Zur Entlassung kommen 150 Arbeiter und Angestellte. Es ist Sperrfristverkürzung zum 15. Februar beantragt.

Die Harpener Bergbau A.-G. zeigt Betriebseinschränkungen auf der Schachtanlage „Robert Mueser“ in Luetgendortmund an. Zur Entlassung kommen 285 Arbeiter und sechs Angestellte. Gleichzeitig werden von der Gesellschaft Betriebseinschränkungen auf der Zeche „Gneisenau“ in Dortmund-Derne beantragt. Zur Entlassung kommen hier 200 Arbeiter und vier Angestellte.

## Bitte, nach Ihnen

Frankreich wählt erst Ende Mai

Paris, 3. Februar.

Der Zeitpunkt der französischen Kammerwahlen ist immer noch nicht festgelegt. Der sozialistische Abgeordnete Renaudel befragte am Dienstag den Ministerpräsidenten über diese Angelegenheit, erhielt aber zur Antwort, daß der Ministerrat noch keine Gelegenheit gehabt habe, sich damit zu beschäftigen. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß der in den Vordergrund geschobene Zeitpunkt des 22. und 29. Mai schließlich auch von der Regierung angenommen wird, um damit dem Wunsch der Kammermehrheit gerecht zu werden, zunächst das Ergebnis der deutschen Wahlen abzuwarten.

## Faschist Gajda wieder da

Prag, 2. Februar.

Der frühere tschechische Generalstabschef Gajda, der mehrere Tage un auffindbar war und von dem es hieß, daß er sich auf dem Wege nach der Mandschurei befindet, wo er zum Führer der Weißgardisten ausersehen sei, hat sich im Prager Strafgefängnis freiwillig gestellt. Während die Prager Polizei Gajda fieberhaft suchte, hielt er sich in Königgrätz auf, wo er faschistische Versammlungen veranstaltete. Gajda wurde nach seiner Selbstgestellung in das Strafgefängnis in Pankraz geschafft, wo er zwei Monate schweren Kerkers abzusitzen hat.

## Operation gelungen —

Patient tot

Beim Ostasiatischen Verein in Hamburg ist von einer Mitgliedsfirma in Schanghai folgendes Telegramm eingegangen:

„Politische Lage kein Grund zur Beunruhigung, aber Geschäft gefährdet.“

Chinesische Banken und Geldbörsen geschlossen. Das chinesische Postamt praktisch ebenso. Die Banken haben europäischen Firmen nahegelegt, sich gegen Kriegsgefahr zu versichern, aber die Deutsche Handelskammer und die General Chamber of Commerce haben beschlossen, daß eine Kriegsversicherung unnötig erscheine, die deshalb einstimmig abgelehnt wurde.“

Was spielt es schon für eine Rolle, wenn Tausende von Menschen hingeschlachtet werden. Hauptsache: das Geschäft bleibt intakt.

## Die Notverordnung zerrüttet den Außenhandel!

Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels hat in einem Schreiben an den Reichskanzler die Reichsregierung auf die außerordentlich ersten Nachrichten aufmerksam gemacht, die aus Skandinavien, den Randstaaten und Holland über die Rückwirkung der deutschen Zollmaßnahmen auf den Transithandel und auf das deutsche Exportgeschäft gemeldet wurden. Die neue deutsche Zollverordnung werde zwar zu der von der Landwirtschaft gewünschten und an sich zu begrüßenden Preiserhöhung für Butter führen, bedeute aber darüber hinaus eine Störung des gesamten Einfuhr- und Ausfuhrgeschäftes infolge der Unsicherheit, ob und welche weiteren Artikel von den Zollermächtigungen ergriffen würden. Die neuen Ermächtigungen bedeuteten neue untragbare Risiken zu den schon durch die Störung der Devisenmärkte vorhandenen. Immer drohender und ernster werde die Gefahr einer handelspolitischen Isolierung Deutschlands.

Also neue Produktionsbeschränkung wird das Ergebnis der neuen Notverordnung sein, d. h. neue Verschärfung der Krise!

## Englische Freunde in Indien

Bombay, 3. Februar.

In der gesetzgebenden Versammlung in Neu-Delhi wurde die von dem Führer der Opposition in Form eines Mißtrauensvotums eingebrachte Entschließung, die u. a. gegen die Verhaftung Gandhis und die Behandlung der weiblichen Kongreßanhänger Widerspruch erhebt, mit 62 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

# Gefängnis für Devisenschieber

BS. In dem Devisenschiebungsprozess wurde gestern abend vom Schnellschöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Neumann nach zweitägiger Verhandlung das Urteil gefällt. Der Hauptangeklagte, der britische Staatsangehörige Dr. Guthertz, wurde wegen fortgesetzter Beihilfe zum Vergehen gegen Paragraph 1 der 7. Durchführungbestimmung der Devisennotverordnung zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr drei Monaten und 2000 Mark Geldstrafe verurteilt, in deren Nichterfüllungsfälle weitere 20 Tage Gefängnis treten. Dem Londoner Bankhaus Singer & Friedlander wurde die Mithaftung für die Geldstrafe auferlegt. Der Angeklagte Parlagi wurde gleichfalls wegen fortgesetzter Beihilfe zu neun Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder weiteren 50 Tagen Gefängnis verurteilt, der Berliner Bankier Kurt Oppenheimer wegen des gleichen Delikts zu zehn Monaten Gefängnis und 5000 Mark Geldstrafe oder weiteren 50 Tagen Gefängnis. Bei Dr. Guthertz wurden 13 Tage der erlassenen Untersuchungshaft, bei den anderen Angeklagten je 11 Tage auf die Gefängnisstrafe in Anrechnung gebracht. Gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft wurde ferner vom Gericht die Einziehung der bei den Devisenschiebungen benutzten Werte ausgesprochen, und zwar handelt es sich um 163.900 Mark, die bei der Commerz- und Privatbank deponiert waren und 309.000 Mark, die bei der Reichskreditgesellschaft beschlagnahmt worden sind. Die Haftbefehle gegen die Angeklagten wurden aufrechterhalten, nur ist bei dem Angeklagten Oppenheimer eine weitere Verschonung durch Kautionsleistung in Höhe von 20.000 Mark vorgesehen.

# Auch ein „Erfolg“ Goerdelers

Goerdeler hat einen neuen Erfolg zu verzeichnen. Die Mitropa kundigt sogleich offiziell an, daß sie die Schlafwagengebühren ermäßigt, und auch das nicht sofort, sondern erst ab 1. März. Demnach stellen sich die Schlafwagengebühren 3. Klasse einschließlich Wäsche auf 8,00 RM., gegen bisher 9,50 RM. Bei Verzicht auf Wäsche ermäßigt sich die Gebühr um 1,50 RM. Die neuen Bettkartenreise für 2. und 1. Klasse betragen 12,50 bzw. 5,00 RM. und erhöhen sich für lange Strecken auf 14,50 bzw. 20.— RM. Die Vormerkgebühren, die bisher bei Vorbestellung bei Reisebüros zu entrichten waren, kommen hinfür in Wegfall.

# Dänische Unternehmer wollen aussperren

TU. Kopenhagen, 2. Febr. Der dänische Arbeitgeberverband hat am Dienstag in einer Generalversammlung die Aussperrung von etwa 75.000 Arbeitern zum 2. Februar beschlossen. Von dieser Maßnahme werden alle organisierten Arbeiter in der Eisen-, Metall-, Zement-, Ziegel- und Papierindustrie betroffen. Die Arbeitgeber wollen eine Lohn- und Gehaltsherabsetzung von 10 bis 20 v. H. durchsetzen. Der staatliche Schiedsrichter wird wahrscheinlich bereits am Mittwoch eingreifen.

# Schwedischer Metallarbeiterstreik beendet

TU. Stockholm, 2. Februar. Der große Streik in der schwedischen Metall- und Hüttenindustrie, von dem etwa 9.000 Arbeiter betroffen wurden, ist nunmehr beigelegt worden. Arbeitgeber und Arbeitnehmer nahmen am Dienstag abend den Vorschlag des Regierungsausschusses zur Schlichtung des Streites an. Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen werden.

# Urabstimmung in Ostoberschlesien

Kattowitz, 2. Februar. Die Urabstimmung über die Frage des Eintritts in den Streik auf den ostoberschlesischen Steinkohlengruben ist in vollem Gange. Soweit bisher bekannt, haben sich die Arbeiter fast überall mit großer Mehrheit gegen den Streik ausgesprochen. Nur auf dem Karnal- und Schacht, der zur Florentinen-Grube in Lohndlinde gehört, und auf der Brade-Grube sind Streiks ausgebrochen. Die Lage im Dombrowaer Revier ist gleichfalls noch ungeklärt, doch dürfte es auch dort nicht zu einem allgemeinen Streik kommen.

# Solidarität der Kumpels

Kattowitz, 3. Februar. Wie aus Sosnowitz und Jawazno berichtet wird, fanden gestern in beiden Orten Delegiertentagungen des Bergarbeiterverbandes für das Dombrowaer und Jawaznoer Kohlenrevier statt, in denen beschlossen wurde, sich mit dem Vorgehen der ostoberschlesischen Bergarbeiter in der Lohnfrage solidarisch zu erklären und die gleiche Stellung einzunehmen.

# Die Pension über alles!

Berlin, 3. Februar. In dem Prozeß, den Kapitän Ehrhardt seit mehreren Jahren durch Rechtsanwalt P. Bloch wegen seiner Pension gegen das Reichswehrministerium führt, hat das Kammergericht heute ein Urteil zugunsten Ehrhardts erlassen.

# Ueber 8 Millionen Arbeitslose

Sind die offiziellen deutschen Arbeitslosenziffern richtig? Die Frage ist wiederholt aufgeworfen worden und hat im Verlaufe der Zeit noch an Berechtigung gewonnen. Es ist bekannt — und bildete ja auch einen nicht nebensächlichen Bestandteil der sogenannten „Reform“ der Arbeitslosenversicherung —, daß die Zahl der Versicherten bzw. der Unterstützten, weitgehend ausgeklammelt wurde. Wie hoch die Ziffer derer ist, die darum zwar arbeitslos sind, aber trotzdem nicht in der Arbeitslosenstatistik erscheinen, ist naturgemäß schwer genau festzustellen. Immerhin erhält man einige brauchbare Anhaltspunkte durch die folgende Gegenüberstellung, die wir der Zeitung „Berlin am Morgen“ entnehmen.

Danach betrug (in Tausend):	Nov. 1929	Nov. 1931
die Zahl der Versicherten . . .	16.799	11.287
die Zahl der Arbeitslosen . . .	2.149	5.957
zusammen:	18.446	16.244

Es ergibt sich somit eine Gesamtdifferenz in Höhe von über 2 Millionen. Diese sind ein-

fach aus der Statistik verschwunden, und da die Rubrik „Versicherte“ wohl am ehesten mit den Tatsachen übereinstimmen dürfte, so bleibt nur die Schlussfolgerung, daß der größte Teil dieser zwei Millionen ebenfalls zu dem großen Heer der Arbeitslosen zu rechnen ist. Die Unvollständigkeit der offiziellen Arbeitslosenstatistik würde sich demnach auf eine Ziffer belaufen, die die offiziellen Arbeitslosenziffern ganz erheblich nach oben korrigiert und diese annähernd um 2 Millionen erhöht. Wir hätten demnach zur Zeit nicht rund 6,5, sondern über 8 Millionen Arbeitslose.

# Neue Zechenstilllegung

Wie wir erfahren, hatten die gestern nachmittag beim Demobilisierungskommissar in Annberg geführten Verhandlungen über den Antrag der Klockner-Werke auf Stilllegung der Schachtanlage 12 der Zeche Viktoria in Castro-Rausel das Ergebnis, daß die Schachtanlage am 15. Februar stillgelegt wird. Zur Entlassung kommen etwa 500 Arbeiter und 10 Angestellte.

# Prozeß Katzenellenbogen

# Katzi brachte immer Nutzen

Berlin, 3. Februar. Katzenellenbogen wird zu einem der Hauptpunkte der Anklage gegen ihn vernommen. Man wirft ihm sowie dem gesamten Generaldirektorium

# Bilanzverschleierung

vor, begangen durch eine unterlassene Buchung eines Kredits von 10 Millionen Mark.

Die Ostwerke hatten seinerzeit — gewissermaßen als stützender Kern des ganzen Konzerns — einem Unternehmen des Konzerns einen Kredit von 10 Millionen Mark zugeschoben. Dieses Unternehmen war die „Norddeutsche Hefeindustrie-A.G.“, den Kredit gab die Deutsche Bank.

Trotzdem die Ostwerke für diese Summenhaften mußten, erschien nirgends dieser Kredit in den Büchern aufgeführt.

Katzenellenbogen hat sich wiederum „bei den buchtechnischen Einzelheiten ganz auf die maßgebenden Herren verlassen“.

Er hat diesen Kreditauftrag an die Deutsche Bank nicht für eine Bürgschaftsangelegenheit gehalten . . .

# Die Effekten-Konsortium-GmbH.

Die Verhandlung wendet sich dem schwerfälligen Komplex der Anklage zu: der Gründung der Effekten-Konsortium-GmbH. und Vor-

teile Ludwig Katzenellenbogens in dieser Sache.

Bei dieser Transaktion hatte seinerzeit die Schultheiß-Patzenhofer A.-G. eine Kursgarantie auf Aktien übernommen, die von dem eigentlichen Katzenellenbogenschen Unternehmen — der Katzenellenbogen GmbH. — eingebracht waren.

Diese Kursgarantie für die ziemlich schwachen Katzenellenbogen-Aktien brachte dem Schultheiß-Patzenhofer-Konzern schweren materiellen Schaden.

Den Vorwurf der „handelsrechtlichen Untreue“, den man aus dieser Affäre gegen Katzenellenbogen erhebt, weist der Angeklagte ebenso wie die anderen Punkte mit Erstaunen und Entrüstung zurück: er hat ja erstens die technischen Einzelheiten nie verstanden und zweitens nur das Beste des Gesamtkonzerns im Auge gehabt, und

drittens war seine Handlungsweise kein Schaden, sondern ein eminenten Nutzen für das gesamte Unternehmen.

Katzenellenbogen behauptet, „daß der Schultheiß-Konzern nicht geschädigt wurde, sondern im Gegenteil heute schwächer stehen würde, wenn jene Gründung nicht erfolgt wäre.“

Die Verteidigung verlangt noch einen besonderen Sachverständigen für diese Frage, der auch zur Beweisaufnahme herangezogen werden soll.

# Polizei unterbindet Werbung für die SAZ

# Eine SAP-Anfrage im preußischen Landtag

Berlin, 3. Februar. Die Abgeordnete der SAP im preußischen Landtag, Genossin Dr. Käthe Franke, hat an den Präsidenten des Landtages die folgende Kleine Anfrage gerichtet:

„Die Sichel-Verlagsgesellschaft, Berlin, hat im Dezember vorigen Jahres bei den Polizeipräsidenten in Hamburg und Altona Antrag gestellt, um eine Werbekaktion für die „Sozialistische Arbeiter-Zeitung“ durchzuführen zu können, es sollte dabei durch Plakatträger zum Bezug der Zeitung aufgefordert werden. Beide Polizeipräsidenten erteilten zunächst die Erlaubnis und die Aktion wurde auch in Hamburg vollkommen reibungslos durchgeführt. Für Altona wurde aber die bereits genehmigte Aktion nach Schluß des Weihnachtsfriedens plötzlich wieder verboten, und der Herr Regierungspräsident in Schleswig hat das Verbot am 14. Januar bestätigt.“

„Er bezieht sich dabei auf eine Anordnung in der Pr. GSS. 229. Die angezogene Stelle lautet: von der Wohnungswirtschaft und kann keineswegs das Verbot rechtfertigen. Falls aber die Anordnung in der Pr. GSS. 225 gemeint sein sollte, durch die „Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel wegen unmittelbarer Gefahr für die öffentliche Sicherheit“ verboten werden, so ist damit das Verbot einer einfachen Werbekaktion, wie sie von zahlreichen Firmen als Geschäftsreklame benutzt wird, ebenso wenig gerechtfertigt.“

Bittet das Ministerium das Verbot der Werbung für die „Sozialistische Arbeiterzeitung“?

Falls ja, kann das Ministerium Auskunft darüber geben, wessen Sicherheit durch das Populärwerden der „Sozialistischen Arbeiterzeitung“ gefährdet ist?“

# Heiliger Vater lohnt treue Dienste

Berlin, 3. Februar. Der römische Papst hat den Nuntiatvrat, Monsignore Centoz, der unter dem früheren Berliner Nuntius und jetzigen Kardinalstaatssekretar Pacelli einige Jahre in der Reichshauptstadt gewirkt hat, zum päpstlichen Nuntius für Bolivien (Sucre und La Paz) und zum Titular-Erzbischof von Edessa ernannt.

Nuntius Centoz hat in Berlin im wesentlichen die Verhandlungen mit den Beauftragten des Freistaates Preußen geführt, aus denen dann das Konkordat (Kirchenvertrag) entsprang. Von preussischer Seite war der Hauptverhandler der Staatssekretar im Staatsministerium Dr. Weismann, der — ursprünglich jüdischer Herkunft — später zur römischen Kirche übertrat.

Das Konkordat Preußen mit der römischen Kirche hat die Steuerzahler sehr viel Geld gekostet, darüber hinaus aber dem Einfluß der katholischen Kirche auf Jugenderziehung, Rechtsprechung und Staatsmoral Tor und Tür breit geöffnet.

# Zusammenstöße in Lübeck

Lübeck, 3. Februar. In der Innenstadt kam es gestern abend zwischen Nationalsozialisten, Kommunisten und SPD-Anhängern zu schweren Zusammenstößen. Bei der Schlägerei, die erst nach langem Bemühen von der Polizei geschlichtet werden konnte, wurden mehrere Personen verletzt, die Polizei nahm dreißig Personen fest.

# Das sächsische Volksbegehren

Weitere Entrechtung der Jungwähler? Dresden, 3. Februar. Der Rechtsausschuß beriet am Mittwoch über die Rechtsgültigkeit des sächsischen Volksbegehrens zur Auflösung des Landtages. Von dem Mitberichterstattter, Vizepräsidenten Bretschneider, Staatspartei, wurden Bedenken geäußert, ob die Ausführungsverordnung vom 14. November 1931 dem § 6 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom Jahre 1921 entspräche. Die Frage der Teilnahmeberechtigung der sogenannten Jungwähler am Volksbegehren sei zweifelhaft. Von wirtschaftsparteilicher Seite wurden diese formalen Bedenken unterstrichen. Die Regierung wird die Rechtsfrage klären. Bis dahin wurde die Weiterberatung vertagt.

# Wer den Papst zum Vetter hat . . .



Hindenburgs Sohn zum Oberst befördert

# Oberst von Hindenburg

Berlin, 3. Februar. Unter den Beförderungen, die jetzt das Reichswehrministerium mit Wirkung vom 1. Februar bekannt gibt, befindet sich auch die des Oberstleutnants v. Beneckendorff und von Hindenburg, der seit Jahren beim Stabe des Berliner Gruppenkommandos geführt wird, zum Obersten.

Dazu schreibt uns ein militärischer Mitarbeiter:

Oberst von Hindenburg ist seit sieben Jahren abkommandiert als Adjutant des Reichspräsidenten. Als er diese Stellung übernahm, war er Hauptmann; in den sieben Jahren ist er bis zum Oberst aufgestiegen, ohne auch nur ein Fronkommando geführt zu haben. Dabei ist er nicht einmal außer der Reihe befördert worden.

Vor der Wahl seines Vaters zum Reichspräsidenten hatte der damalige Hauptmann jahrelang ein Kommando zur Reitschule in Hannover inne, der gleichen Stadt, die sich der Feldmarschall von Hindenburg als Ruhezit ausgesucht hatte. Schon dieses Kommando hatte man ihm fraglos aus Rücksicht auf den kaiserlichen Feldmarschall gegeben.

Wie die Personalabteilung des Reichswehrministeriums es verantworten will, einen Offizier, der sich durch keinerlei militärische Leistungen ausgezeichnet hat, sondern bloß auf dem gesellschaftlichen Felde glänzte, in einen militärisch so verantwortlichen Rang zu befördern, ist ganz unerfindlich.

# Was gibt's denn zu verraten?

# 6 Jahre Zuchthaus wegen Militärverrat

Berlin, 2. Februar. Der erste Strafsenat beim Kammergericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Wex verurteilte am Dienstag die tschechoslowakische Staatsangehörige Fabrikbesitzersehefrau Eugenie Goetz aus Neudeck (Tschechoslowakei) wegen Verbrochens gegen den Paragraphen 3 des Gesetzes über den Verrat militärischer Geheimnisse zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Das Gericht erkannte auch auf Stellung unter Polizeiaufsicht, 7000 beschlagnahmte Tschechenkronen und 100 Reichsmark wurden dem Deutschen Reich für verfallen erklärt. Die Verhandlung fand wegen Gefährdung der Staatssicherheit unter Ausschluß der Öffentlichkeit, einschließlich der Presse, statt.

# Russisch-norwegische Wirtschaftsverhandlungen gescheitert?

Oslo, 2. Februar. Nach Zeitungsmeldungen sind die Verhandlungen zwischen Norwegen und Rußland über die Bedingungen, unter denen Rußland sich bereit erklären würde, in diesem Jahre norwegische Erzeugnisse zu kaufen, auf dem toten Punkt angelangt. Dies sei dem Umstand zuzuschreiben, daß Rußland, um seine Ausfuhr nach Norwegen zu vergrößern, neue und weitreichende Bedingungen gestellt habe. Die meisten Abendblätter erklären heute, daß die Verhandlungen als abgebrochen gelten könnten; der Handelsminister hat es jedoch bisher abgelehnt, eine Mitteilung zu veröffentlichen, die genaue Angaben über seine Stellungnahme enthält.